

Der Grundstein.

Wochenblatt für die deutschen Maurer und diesen verwandte Berufsgenossen.
Offizielles Publikationsorgan der Maurer Deutschlands.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Stainingl in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1.— ohne Postgebühren, bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40.
Anzeigen die dreigeklappte Beitzelle oder deren Raum 15 S. — Postkatalog Nr. 2565.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Fürstenplatz Nr. 2, erste Etage.

Inhalt: Offenes Sendschreiben der Geschäftsleitung der Maurer Deutschlands. Die soziale Frage im Lichte der Lassalle'schen Lehre. — Wirtschaftlich-soziale Rundschau. Zur Alters- und Invaliditätsversicherung. Die große Industrie. — Gewerblich-ökonomische Angelegenheiten. — Situationsberichte. — Bescheide des Reichsversicherungsamts. — Briefkasten.

Offenes Sendschreiben der Geschäftsleitung der Maurer Deutschlands.

Wie regelmäßig im Laufe der letzten Jahre bei Beginn des Herbstes geschah, so verbandet auch in diesem Jahre die Geschäftsleitung der deutschen Maurer an die Geschäftsgenossen ein offenes Sendschreiben, in welchem über die Ereignisse während des verflohenen Sommers ein gedrängter Bericht erstattet und zur Agitation für die Ausbreitung der gewerkschaftlichen Bewegung während der Winterpause aufgefordert wird. Das Joseph zur Vererbung gelangte Flugblatt, dessen weiteste Verbreitung unter den Fachgenossen wir auf das Dringendste empfehlen, lautet:

Werte Kollegen! Wie Euch bekannt ist, hat unser diesjähriger gewerkschaftlicher Kongress in Erfurt, auf welchem durch 143 Delegirte 151 Orte mit insgesammt 101 949 Maurern vertreten waren, uns wiederum die ebenso ehrende wie verantwortungsvolle Aufgabe übertragen, nach Maßgabe der Kongressbeschlüsse unsere gewerkschaftliche Bewegung zu regeln, zu überwachern und zu leiten.

Wir glauben sagen zu dürfen, daß wir uns bemüht haben, dieser Aufgabe nach Möglichkeit zu genügen. Leider waren die wirtschaftlichen Verhältnisse diesem Bemühen nicht günstig. Wir hatten zu rechnen mit schlechten Geschäftskonjunkturen, welche das ganze Jahr über auf dem Baugewerbe lasteten und die eigentliche Lohnbewegung von vornherein fast überall als eine ausichtslose erscheinen ließen. Bereits in unserem vorjährigen Sendschreiben waren wir in der Lage, darauf hinzuweisen zu müssen, daß unser Gewerbe vor einer Krise stehe, und daß das Unternehmertum darauf bedacht sei, diese Krise zu einem Hauptschlage gegen die organisierte Gesellenchaft zu benutzen, um womöglich die Organisation zu sprengen und zugleich die Löhne zu reduzieren. Es war kein Geheimniß, daß hauptsächlich das Innungsmeisterthum in den großen Städten eine förmliche Beschönigung zu diesem Zwecke angesetzt hatte; sein Plan, ließ in der Hauptsache darauf hinaus, die Gesellen zu ausichtslosen Streiks zu treiben bezw. Vorwand für Arbeitsausperrungen zu erhalten. Das Unternehmertum war dabei in der ihm günstigen Lage, zu den vielen Tausenden der arbeitssüchtigen einheimischen Maurer noch Tausende ausländischer anwerben zu können.

Unter diesen für die Gesellenchaft so sehr mißlichen Verhältnissen zeigte sich wieder einmal so recht deutlich, wie notwendig es ist, die Streikbewegung an ganz bestimmte, von der Geschäftsleitung strengstens zu handhabende Vorschriften zu binden, damit plan- oder ausichtslose Streiks, welche die Bewegung immer schwerer schädigen, vermieden werden. Unser diesjähriger Kongress faßte demnach folgenden darauf bezüglichen Beschluß:

„Arbeitseinstellungen dürfen nur mit Genehmigung der Geschäftsleitung unternommen werden, wobei darauf zu achten ist, daß Arbeitseinstellungen an mehreren Orten zu gleicher Zeit vermieden werden müssen. Von einer beabsichtigten Arbeitseinstellung ist die Geschäftsleitung mindestens einen Monat vorher in Kenntniß zu setzen, damit dieselbe im Stande ist, die näheren Um-

stände zu prüfen. Nicht genehmigte Arbeitseinstellungen dürfen von keiner Seite unterstützt werden. Die zu Streit-, sowie zu Agitationszwecken gesammelten Gelder sind an die Geschäftsleitung abzuführen, welche über die Verwendung derselben nach bestem Ermessen verfügt. Besonders darf es streikenden Kollegen nicht gestattet sein, Sammellisten zum Zweck der Unterstützung an andere Orte zu versenden, indem dadurch jede Uebersicht über die aufzubringenden Mittel verloren geht.

Bei Arbeitseinstellungen ist ein Hauptaugenmerk darauf zu richten, daß möglichst die Streikenden den betreffenden Ort verlassen. In Betreff der an die zurückbleibenden streikenden Kollegen zu zahlenden Unterstützungen ist festzusetzen, daß dieselben zwei Drittel der Höhe des ortsüblichen Lohnes nicht überschreiten dürfen. Während der ersten beiden Wochen dürfen in der Regel keine Unterstützungen an Streikende gezahlt werden. Bei Abwehrstreiks kann die Geschäftsleitung eine Ausnahme machen.

Es gereicht uns zur Freude, konstatiren zu können, daß alle diejenigen Kollegen, welche Differenzen mit dem Unternehmertum auszutragen hatten, bemüht gewesen sind, diesem Kongressbeschlusse zu entsprechen. Allerdings konnte von einer absoluten Innehaltung derselben in Rücksicht auf die besondern Ungunst der Verhältnisse nicht in allen Fällen die Rede sein; aber lobend muß hervorgehoben werden, daß diejenigen Kollegen, welche zum Streit schritten, alle zulässigen Mittel angewandt haben, ihn zu verhindern.

Die Ausstandsbeziehung begann im Februar d. J. Im Laufe der seitdem verstrichenen Zeit wurden circa 50 erneut heftigste Streiks bei uns angemeldet, und zwar aus: Bülow, Lübeck, Grevesmühlen (Februar); Laage, Rarhim, Grabow, Lubwigslust, Osterwiek a. S., Stendal, Trier, Flensburg, Plau i. M., Colberg, Rienburg a. W., Apenrabe, Gardelegen und Hilbesheim (März); Elze, Gronau und Umgegend, Lelzin i. M., Oera (Neuß), Jena, Gnoien, Dessau, Rölln am Rhein, Stettin, Königsberg i. P., Sulzow, Boitzenburg, Ebersförde, Coswig i. L., Gülin, Flensburg, Lübb, Slamen bei Spremberg, Ahrensböck, Cöslin, Uedermünde, Lurgaben, Frankfurt a. O., Calvörde, Raumburg a. S. (April); Rostock, Hirschberg, Nordhausen, Wandersbeck, Stettin, Hamburg (Mai); Altona, Bergedorf, Memel und Dierndorf (Juni). In allen diesen Orten zusammen waren anwesend 10 764 Maurer, von denen 8718 an den Ausständen bezw. Ausperrungen theilhaftig waren.

Von den letzteren sind besonders erwähnenwerth die in Stendal, Rostock, Stettin, Trier und Hamburg und Umgegend. Dort wie hier handelte es sich darum, daß das Innungsmeisterthum, spekulirend auf die große Zahl beschäftigungsloser Gesellen, dieselben zur Preisgabe ihrer Koalition zwingen wollte. Am heftigsten entbrannte der Kampf darob in Hamburg. Die hiesigen Kollegen hatten bekanntlich den Beschluß gefaßt, den Meistern die Forderung der neunstündigen Arbeitszeit und eines Stundenlohnes von 65 S zu unterbreiten und zwar in der seltenen Absicht, bei der Ungunst der Verhältnisse einen Streit möglichst zu vermeiden. Durch die Theilnahme der hiesigen Kollegen an der Fete des 1. Mai wurde den Unternehmern der Vorwand geboten, eine Massenausperrung vorzunehmen zu dem offen ausgesprochenen Zwecke, die Gesellen zum Austritt aus dem Fachverein zu zwingen und diesen auf solche Weise zu sprengen. Von derselben Maßregel wurden die meisten Hamburger Gewerkschaften gleichzeitig betroffen. Damit war die

Parole zu einem beispiellos erbitterten Kampfe gegeben, in welchem die Arbeiterchaft ganz Deutschlands zur Unterstützung der Hamburger Brüder aufgerufen werden mußte. Gewiß schlugen wir die geleistete Unterstützung nicht gering an und sagen auch unsererseits dafür hiermit besten Dank, aber es verdient doch bemerkt zu werden, daß das Solidaritätsgefühl und die Opferwilligkeit der Hamburger Arbeiter selbst in diesem Kampfe den Ausschlag gegeben hat. Sie hielten dem Ansturm des vereinigten Unternehmertums Stand, zwangen dasselbe zum Rückzug und behaupteten ihre gewerkschaftlichen Organisationen. Zwar erlitten dieselben eine immerhin nicht unbedeutende Schwächung, aber ihr guter und gesunder Kern blieb unverletzt — und jetzt sind sie bemüht, die alte Position wieder zu gewinnen. Für die hiesige Maurerschaft kommt besonders der Umstand in Betracht, daß es den Unternehmern während der Sperre leiber gelang, große Schaaeren auswärtiger indifferenter Kollegen unter verlockenden Versprechungen anzuwerben und hier festhaft zu machen. Mit dieser Konkurrenz hat die hiesige Gesellenorganisation in erster Linie sich abzufinden, was selbstverständlich noch schwere Kämpfe und große Opfer nöthig machen wird. Aber wir sind überzeugt, daß diese Kämpfe nicht vergebens geführt und diese Opfer nicht nutzlos gebracht werden, und daß die hiesige Organisation bald wieder in der Lage sein wird, die alte beachtensame Stellung in unserer gewerkschaftlichen Bewegung einzunehmen. Mögen die Kollegen sich durch den seit einiger Zeit innerhalb des hiesigen Fachvereins spielenden unerquicklichen Streit nicht verletten lassen zu einer unrichtigen und ungerechten Beurtheilung der ganzen hiesigen Maurerschaft! Der Streit ist, wie im offiziellen Fachorgan, dem „Grundstein“, des Näheren dargelegt worden, von einigen unlauteeren Elementen aus niedrigsten Beweggründen in Szene gesetzt worden. Er hat keinerlei tiefer gehende Bedeutung, wie schon aus dem Umstande erhellt, daß die vom Fachverein eingesetzte Untersuchungskommission, deren Mitglieder zum großen Theile persönliche Gegner der Unterzeichneten sind, nicht im Stande war, auch nur irgend etwas festzustellen, was uns belasten könnte.

Handelt es sich bei diesem Streite hier in Hamburg um Differenzen rein persönlicher Natur, so hat ein Theil der Berliner Maurer unter der Führung bekannter Störenfriede, der Herren Bernau und Genossen, im Laufe dieses Jahres sich dazu mißbrauchen lassen, offen und rücksichtslos eine Reihe der wichtigsten Kongressbeschlüsse zu brechen und zu bekämpfen, insbesondere die das offizielle Fachorgan, den „Grundstein“, betreffenden. Die Herren Bernau und Genossen haben in öffentlicher Versammlung gegen das anerkannte Fachorgan in einer geradezu frivolen Weise gehandelt und an dessen Stelle die Verbreitung des klerikalischen „Vereinsblatt“ empfohlen; auch haben sie es an völlig unnothdürftigen, verächtlichen Ausfällen gegen die Geschäftsleitung nicht fehlen lassen. Um diesem Unfuge die Krone aufzusetzen, wollen jene Herren (wie sie in öffentlicher Versammlung, die nach außen hin als solche der Berliner Maurer bezeichnet worden ist, an der aber nur ihre Anhänger in der Zahl von 150 theilgenommen haben) in der Mitte des November unter der Bezeichnung „Provinzialkongress“ einen Sonderkongress abhalten, von welchem die Geschäftsleitung ausgeschlossen sein soll. Der betreffende Kongressbeschlusse lautet: „daß sogenannte Provinzialkongresse und Konferenzen nur durch die Geschäftsleitung veranstaltet werden dürfen,

und daß letzterer das Recht zusteht, sich durch eines oder mehrere ihrer Mitglieder vertreten zu lassen." Die Berliner Opposition scheint geneigt zu sein, sich auch über diesen Kongreßbeschlus mit derselben Rücksichtslosigkeit hinwegzusetzen, wie über den, betreffend das offizielle Fachorgan. Wir haben es in den Herren Wernau und Genossen eben mit Leuten zu thun, welche die Opposition grundsätzlich und systematisch und unter allen Umständen betreiben, um ihren persönlichen Ansprüchen, die wahrlich nichts gemein haben mit den Interessen der Maurer Deutschlands, Geltung zu verschaffen. Da muß doch daran erinnert werden, daß der letzte Kongreß auf Antrag der Herren Dietrich, Heinze und Kerstan-Berlin einstimmig folgende Resolution beschloß: "Jeder Delegierte verpflichtet sich, die Kongreßmajorität stets zu achten und für deren Beschlüsse mit Energie einzutreten, damit die Einigkeit unter den Maurern Deutschlands vollständig werde." Für diese Resolution votirten in namentlicher Abstimmung auch sämtliche 14 Berliner Delegirten. So weit uns bekannt geworden, haben von diesen nur die Herren Gräßle und Dietrich ihr durch Zustimmung zu dieser Resolution gegebenes Versprechen erfüllt, was hiermit dankend anerkannt werden soll. Würden die übrigen Berliner Delegirten diesem Beispiele gefolgt sein, so hätten die Herren Wernau und Genossen ihre schlimme Rolle wohl schon längst ausgespielt; jene Delegirten wollen wir hiermit nochmals an ihre von ihnen selbst anerkannte Pflicht mahnen. Möge die Maurerschaft Berlins nicht lange mehr ein so beklagenswerthes Bild der Herrlichkeit und der Gleichgültigkeit bieten, wie jetzter.

Kollegen! Es wird wohl Keinen von Euch überraschen, wenn wir weiter mittheilen, daß die Einnahmen des Generalfonds im laufenden Jahre sich nicht auf der Höhe der vorjährigen erhalten haben. Letztere wiesen die Summe von circa M. 81 000 auf, während die diesjährige Einnahme sich nur auf M. 63 244 beläuft, es ist also ein Minus von nahezu M. 20 000 an Einnahme für Streits und Agitation zu verzeichnen, während die Zahl der Orte, welche an den freiwilligen Beiträgen theilhaftig sind, sich erheblich vermehrt hat. Die Ursachen der Verminderung der Einnahmen sind offenbar und leicht erkenntlich:

1. die schlechte Wausaison, das verringerte Arbeitseinkommen und die zeitweilige Arbeitslosigkeit für vieler Kollegen;
2. hauptsächlich die Aussperrungen hier in Hamburg, welche den hiesigen Kollegen es eilige Monate hindurch nicht gestatteten, Beiträge zu leisten;
3. der Umstand, daß die Kollegen an vielen Orten glaubten, sich für den möglichen Fall eines Ausstandes oder einer Aussperrung mit Geldmitteln versehen zu müssen, und deshalb den größten Theil ihrer Bestände am Orte behielten.

Zimmerhin aber liefert die Summe der unter so ungünstigen Verhältnissen eingegangenen Beiträge den erfreulichen Beweis dafür, daß unsere Bewegung in ihrem innersten Kerne kräftig und gesund ist und alle Vorbedingungen für ihre weitere Entwicklung in vollem Maße enthält. Wir haben wieder einmal im Laufe dieses Jahres viele Erfahrungen gemacht, die bei unserer weiteren Thätigkeit gewissenhaft beachtet werden müssen. In erster Linie hat diese Thätigkeit sich jetzt mehr als jemals zuvor auf die Organisation, deren Ausbreitung und inneren Ausbau zu richten. Die Arbeiterkoalition tritt unter dem zweiseitigen Druck der wirtschaftlichen Situation und der reaktionären Geseßgebung in ein neues Stadium ihrer Entwicklung; die Unternehmerkoalition, welche sich die Sprengung unserer gewerkschaftlichen Organisation zur Hauptaufgabe gemacht hat, erfährt von Tag zu Tag mehr; die Neigung der reaktionären Parteien, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu beschränken, offenbart sich immer rückhaltloser. Die Situation für die Arbeiterkoalition ist also in mehrfacher Hinsicht eine kritische; sie drängt zu entscheidenden Schritten in der Richtung nach einer neuen Organisation, welche ihre Aufgabe besser zu erfüllen vermag, als die jetztherige. Unser diesjähriger Kongreß hat diese Nothwendigkeit klar erkannt und uns u. A. beauftragt, dem nächsten Kongreß eine Vorlage für Zentralorganisation zu unterbreiten. Die diesem Zwecke dienenden wichtigen Vorarbeiten

haben wir bereits unternommen und hoffen wir von unserer Theilnahme an der in nächster Zeit in Berlin stattfindenden Gewerkschaftskonferenz eine wesentliche Förderung derselben. Die von uns im Laufe dieses Jahres ausgesandten Agitatoren sind bereits überall in der bezeichneten Richtung thätig gewesen, auch die fernere Agitation, die wir im Laufe des bevorstehenden Winters unternehmen lassen werden, wird der Nothwendigkeit der neuen Organisation im Sinne der Kongreßbeschlüsse Rechnung tragen. Es ist unsere Absicht, in den nächsten Monaten alle nur disponiblen Mittel auf die Agitation zu verwenden. Den Voraussetzungen, von denen wir im Interesse unserer Sache dabei ausgehen, kann aber nur dann Rechnung getragen werden, wenn die freiwilligen Beiträge zum Generalfonds reichlich fließen.

Es kommt noch hinzu, daß am 8. Dezember d. J. der nun schon mehrere Jahre schwebende Monstreprozeß gegen die frühere Agitationskommission der Maurer Deutschlands und eine große Anzahl anderer Kollegen vor dem Berliner Landgericht seinen Fortgang nehmen wird. Angeklagt sind bekanntlich 40 Personen. Auch schwebt in Rostock eine Anklage gegen die Teilnehmer an der dortselbst Ende vorigen Jahres abgehaltenen Vertrauensmännerkonferenz. Diese Prozesse, hauptsächlich der erstere, erfordern die Aufwendung nicht geringer Geldmittel, — ein Grund mehr, Euch, Kollegen allerorts, die dringende Mahnung zuzurufen: Sorget unablässig für die Zuführung möglichst reichlicher Beiträge zum Generalfonds!

Wie wir von Euch erwarten, daß Ihr trotz aller Ungunst der Verhältnisse Eure volle Schuldbiligkeit im Interesse der gemeinsamen guten Sache thut, so bürst Ihr Euch versichert halten, daß auch wir nach wie vor allen kleinlichen boshaften Anfeindungen zum Trost unsere volle Kraft und all unseren guten Willen einsetzen werden, dem uns übertragenen verantwortungsvollen Amte in jeder Hinsicht zu genügen.

Hamburg, Ende Oktober 1890.

Mit kollegialstem Gruß

Die Geschäftsleitung der Maurer Deutschlands,
A. Danmann.

Die soziale Frage im Lichte der Lassalle'schen Lehre.

II.

Es ist ein betrübendes Vorurtheil, das sich in der oft ausgesprochenen Ansicht kund gibt, die Verwirklichung des Prinzips der Arbeit führe zum Untergang der Kultur, zur Barbarei. Wie kann das, was selbst ein notwendiges Produkt in der Entwicklung der Kultur ist, ihr den Untergang bereiten? Zudem hat Niemand einen rechtlichen Grund zu der Annahme: der Arbeiterstand sei der Sitz der Verderbtheit, der Unwissenheit und der Unsitlichkeit. Er ist nicht verderbter, unwissender und unsittlicher als irgend ein anderer Stand, im Gegentheil, er hat in dieser Hinsicht große Vorzüge vor anderen Ständen; von seinen Fehlern ist ihm nicht ein einziger originär, er theilt sie höchstens mit andern Ständen, die nur zu oft, wo nicht durchweg, das schlimmste Beispiel geben, wie die tägliche Erfahrung ja zur Genüge lehrt. Unser großer Denker Fichte, der gewissenhafteste Kritiker seiner Zeit und selbst einem höheren Stande angehörig, hielt sich für verpflichtet, unumwunden zu erklären: daß die Schlechtigkeit nach Verhältniß des höheren Standes zunehme und zwar infolge des Egoismus der höheren Stände. Diese Ursache der zunehmenden Schlechtigkeit ist heutzutage noch viel stärker und rücksichtsloser wirksam, als zu Fichte's Zeit. Der Egoismus hat sich zu einem Fehler der herrschenden Klasse herausgebildet; mögen einzelne Glieder dieser Klasse noch so selbstlos sein, die Klasse als solche kann von der Selbstsucht nicht freigesprochen werden; dieser Fehler, der seinen schärfsten Ausdruck auf wirtschaftlichem Gebiete erhält, ist die Bedingung der Existenz der Klasse, damit aber das größte Hinderniß für die Entwicklung des Volkslebens, die Hebung der Wissenschaft, die Verallgemeinerung der Bildung, kurz für alle Fortschritte der Kultur, für alle Siege des geistlichen Lebens.

Anders bei den unteren Klassen. Allerdings findet sich auch in ihnen noch viel, sehr

viel vernunftrechtswidriger Egoismus vor, aber doch immer nur als Fehler der einzelnen Individuen, nicht aber als Fehler einer Klasse. Der Geist der Solidarität, der Gemeinsamkeit ist in der Arbeiterklasse stärker und edler als irgendwo anders; ebenso der Drang nach Wissen und Bildung. Hinsichtlich der Fähigkeit zur Aufnahme der Bildung steht er anderen Klassen wenigstens nicht nach. Noch heute gilt, was Fichte in seinen Reden an die deutsche Nation der Bourgeoisie zurief: "Mit wenigen Ausnahmen seid ihr aller Wissenschaft von Herzen Feind, seicht Schwächer und aufgeblasene Prahler, Halbgelehrte, die durch die Schule nur hindurchgelaufen, blinde Gutapper und Fortschleicher im alten Geleise und die sonst nichts wollen oder könnten." — Daß dieser Ausspruch noch heute gilt, wo mehr wie zuvor das Sinnen und Trachten der herrschenden Klassen auf die Ausnutzung der Volkskraft im Sonderinteresse gerichtet und der mühevolle Gelderwerb oberstes Daseinsprinzip ist, wer möchte das bezweifeln? Selbst ein so entschiedener Vertheidiger der bestehenden Gesellschaftszustände wie der Professor v. Treitschke, der bekannte "Sozialphilosoph", muß zugeben: "Heute, wo die gute Gesellschaft einen gewissen Grad von Kenntnissen und Vorsehung an Jedermann als selbstverständlich voraussetzt, ist es ein Gewohnheitslaster der höheren Stände geworden, sich mit dem Schein der Bildung zu schmücken und der ehrliche Blick erschrickt vor dem Wust von Unwahrheit, der durch solche Unart in die Welt gekommen." — Ja, Lassalle hatte Recht, die Bourgeoisie in dem Lande Lessing's und Kant's, Schiller's und Göthe's, Fichte's, Schelling's und Hegel's der "absoluten geistigen Verimpelung", der Unfähigkeit, die von unseren geistigen Helden vollbrachte innerliche Weltwende zu begreifen und der die Stelle des Willens vertretenden lächerlichen Selbstzufriedenheit des "Meinens" zu zeihen. Man täusche sich doch darüber nicht, daß die Bildung der herrschenden Klassen in erster Linie auf die Erkenntniß und Wahrung der Einzelinteressen, die mit dem Bestehenden zusammenfallen, berechnete ist; die Bildung erscheint da nicht um ihrer selbst willen gegeben, sondern lediglich als Mittel zu dem Zwecke, einem Sondervortheil der Klasse, oder eines dem Kreise derselben angehörigen Berufsstandes zu genügen.

Die Arbeiterklasse hat sich einen Zweck bei der Bildung nicht im Auge, sie kann ihn garnicht haben, denn alles das, was das persönliche Interesse des Arbeiters bildet, die Verbesserung seiner Lage und darüber hinaus die Anerkennung seines geschichtlichen Berufes und die Verwirklichung seines vollen und ganzen Menschenrechts, der Sieg seines Prinzips, — alles das steht nicht etwa im Gegensatz zu den Interessen der Gemeinsamkeit, sondern fällt zusammen mit den Forderungen, die die Vernunft an die Gemeinsamkeit stellt, mit dem zündenden Pulsschlag der Geschichte, mit dem Lebensprinzip der sittlichen Entwicklung.

Die höchste Bildung und die höchste Fähigkeit, sie zu verallgemeinern, ist immer auf der Seite, wo die höchste Vorstellung vom Wesen und Beruf der Gemeinsamkeit, des Staates, herrscht, wo das Staatsprinzip in seiner ganzen Reinheit, Sittlichkeit und Höhe sich zur Erscheinung kommt. Diese Vorstellung, diese Erscheinung ist so recht eigentlich die Quintessenz aller Bildung, ihr letzter und höchster Zweck. Was hätten denn sonst all unsere Bemühungen um die Wissenschaft zu bedeuten? Weshalb werden sie fortgepflanzt von Geschlecht zu Geschlecht? Ich antworte mit Fichte: "Offenbar nur, um zu rechter Zeit das allgemeine Leben und die ganze menschliche Ordnung der Dinge zu gestalten. Dies ist ihr letzter Zweck."

Wo aber finden wir die von der Wissenschaft aus dem Borne der geschichtlichen Erfahrung so wohl wie aus den Lehren der Vernunft geschöpfte höchste Vorstellung vom Wesen und Beruf des Staates?

Mitglieder der herrschenden Klassen, gebet der Wahrheit die Ehre, sträubet euch nicht gegen die Anerkennung einer Thatsache, die so offenkundig ist, wie das Licht der Sonne, — gesehet, daß diese Vorstellung ihre Stätte im Arbeiterstande hat, daß sie von da aus ihren Siegeszug über die Welt nimmt, und daß die furchtbare, den Staat und die Gesellschaft angeht, „unter-

grabende" Sozialdemokratie es ist, die sie aus dem Instinkt der Massen gebildet und zur Erkenntnis gebracht hat, um sie immer mehr zum bewussten Zweck der Gesellschaft herauszuringen!

Ja wohl, die Sozialdemokratie hat diese Idee aus dem Instinkt der Massen herausgebildet, aus dem Gefühl der Solidarität, welches dem Arbeiterstande, den unteren Klassen der Gesellschaft überhaupt, trotz des so vielfach entzweienenden Kampfes um's Dasein und sozialen Glends eigen ist. Schon ein sehr mächtiger Instinkt, um wie viel mehr also die tägliche Erfahrung, lehrt den Gliedern des Arbeiterstandes, daß der Einzelne von ihnen ohnmächtig ist im Ringen nach einem besseren Loos, daß, sofern sich Jeder bloß auf sich bezieht und Jeder bloß an sich denkt, er keine Verbesserung seiner Lage erhoffen kann.

Nichts liegt da näher, als die Erkenntnis: daß der Staat — d. h. die alle Einzelkräfte umfassende und dieselben millionenfach vernehmende Einheit der Individuen in einem sittlichen Ganzen — es ist, welcher die Funktion hat, die Entwicklung des Menschengeschlechts zu Freiheit und Wohlfahrt zu vollbringen.

Danach also ist — nach Lassalle's Definition — der Zweck des Staates nicht der, dem Einzelnen nur die persönliche Freiheit und das Eigentum zu schenken, er ist vielmehr der, durch diese Vereinigung die Einzelnen in den Stand zu setzen, eine solche Stufe des Daseins zu erreichen, die sie als Einzelne niemals erringen könnten; sie zu befähigen, eine Summe von Bildung, Macht und Freiheit, geistiger und materieller Wohlfahrt zu erlangen, die ihnen sämtlich als Einzelnen schlechthin unerreichbar wäre.

Der Staat hat die hohe Aufgabe, das menschliche Wesen zur positiven Entfaltung, zur fortschreitenden Entwicklung zu bringen, mit anderen Worten: die menschliche Bestimmung, d. h. die Kultur, deren das Menschengeschlecht fähig ist, zum wirklichen Dasein zu gestalten.

Dies ist so sehr die sittliche Natur des Staates, seine wahre und höchste Aufgabe, daß sie deshalb seit allen Zeiten durch den Zwang der Verhältnisse selbst vom Staate, auch ohne seinen Willen, auch unbewußt, auch gegen den Willen seiner Leiter, mehr oder weniger ausgeführt wurde.

Während die Staatsidee des durch die französische Revolution zur Herrschaft gebrachten Kapitalismus in dem Grundsatze gipfelt, "daß ausschließlich nichts Anderes als die ungehinderte Selbstbetätigung seiner Kräfte jedem Einzelnen zu garantiren sei," — macht die Sozialdemokratie geltend als Inbegriff der Staatsidee des Arbeiterstandes: "daß das freie Spiel der individuellen Kräfte nicht ausreiche, daß zu ihm in einem sittlich geordneten Gemeinwesen noch hinzutreten müßte: die Solidarität der Interessen, die Gemeinamkeit und Gegenseitigkeit in der Entwicklung."

Um dahin zu kommen, muß die Produktionsweise, das ganze wirtschaftliche Leben der Nation geregelt werden.

Seute ist der Kapitalismus die herrschende, alle gesellschaftlichen Einrichtungen durchdringende und ihnen das Gepräge seines Privilegiums aufdrückende, den Staatswillen und den Staatszweck bestimmende Macht, der Inbegriff dieser Herrschaft ist Willkür unter dem Scheine der Ordnung, die ökonomische und politische Abhängigkeit der Massen unter dem Scheine der Ungebundenheit. Das Hauptunglück dabei ist die Unsicherheit und Ungleichmäßigkeit der von unsicheren Konjunkturen abhängigen Lebenslage der arbeitenden Klassen, dieser hauptsächlichsten Träger aller Kultur.

Während die günstigen Konjunkturen in der Regel nur einen äußerst geringen, stets aber nur einen vorübergehenden Einfluß auf die Lage des Arbeiterstandes haben, fallen die ungünstigen Konjunkturen, die mit der Zeit immer häufiger und anhaltender werden, mit zermalender Wucht auf den Arbeiterstand zurück. Unmittelbare Reduktion des Lohnes und der Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und als notwendige Folge davon furchtbares Anwachen des Pauperismus, der Massenarmuth und des Massenelends, Zunahme der sozialen Korruption und unter Umständen selbst ein hoher Grad politischer Unsicherheit, — das sind die Segnungen, die die durch gierige Spekulation herbeigeführten wirtschaftlichen Krisen

bringen, zum Verderben des Staates und der Gesellschaft.

Gegenüber den von der kapitalistischen Deonomie ausgehenden höchst unwissenschaftlichen Versuchen, das Kapital und seine Herrschaft als "entige Naturnotwendigkeit", als Ausbruch "höchster Kultur" und als "unumstößliche Existenzbedingungen" für die Gesellschaft darzustellen, beweist die auf den Resultaten der wissenschaftlichen Forschung beruhende sozialistische Deonomie die wahre Natur des Kapitals. Dieses bildet sich nicht etwa durch "Sparen" und "individuelle Arbeit", sondern lediglich durch die der steten Veränderung unterworfenen gesellschaftlichen Zusammenhänge und in diesem wieder nur durch die Theilung der Arbeit, die Organisation der Arbeit vieler zu Gunsten Einzelner. Die Arbeit allein schafft Werthe und die Theilung der Arbeit steigert die Werthe bis in's Unendliche, jedoch ohne daß dem Arbeiter mehr davon zu Gute kommt, als er für seinen notwendigen Unterhalt gebraucht. Den Ueberschuß vom Ertrage seiner Arbeit muß er dem Arbeitsherrn lassen, d. h. Demjenigen, der die Mittel zur Produktion besitzt und dem er seine Arbeitskraft wie eine Waare nach dem Gesetze von Angebot und Nachfrage verkauft, dem er auf Gnade oder Ungnade sich ergeben muß.

Alles Kapital ist vorgegebene Arbeit; diese vorgegebene Arbeit, die todt Arbeit, erdrückt unter der heutigen Wirtschaftsordnung, unter dem Gesetze der freien Konkurrenz und der sogenannten "Selbsthülfe", die lebendige Arbeit. Ober schafft etwa die Lohnarbeit des Proletariats diesem ein Eigentum? Nein, sie liefert dem Proletarier nur die äußersten Unterhaltungskosten, aber sie schafft das Kapital, d. h. dasjenige Eigentum, welches die Arbeit ausnützt. Die eigenen Produkte seiner Arbeit erwürgen den Arbeiter; das Kind erhebt sich gegen die Mutter; des Arbeiters Produkt von gestern steht heute wider ihn auf, schlägt ihn zu Boden und nimmt ihm seinen Arbeitsvertrag von heute. Dabei kann er noch froh sein, wenn er den auf den volksthümlich für unerlässlich gehaltenen Lebensbedarf reduziert bleibenden durchschnittlichen Arbeitslohn immer hat, wenn er nicht noch unter dieses Niveau herabgedrückt oder gar gänzlich arbeitslos oder verbienlos wird.

Das Arbeitsinstrument, das Kapital, ist in seiner Trennung vom Arbeiter selbstständig geworden, hat alle Produktivität der Arbeit an sich gerissen und die Arbeit auf den Ersatz dessen, was während der Arbeit notwendig an Lebenskraft verzehrt worden ist, beschränkt, sie also für sich unproduktiv gemacht. Das Arbeitsinstrument Kapital hat also mit dem Arbeiter die Rollen vertauscht, ihn, den lebendigen Arbeiter, zum todtten Arbeitsinstrument herabgesetzt und sich selbst, das todtte Arbeitsinstrument, zum lebendigen Zeugungsorgan entwickelt. Darin liegt das ganze Geheimnis der Produktivität und Herrschaft des Kapitals, sowie die Ursache des oft geradezu unbegreiflichen Glends der Arbeit. Das Eigentum ist Fremdbthum geworden; es ist nicht da und bildet sich nicht da, wo es erzeugt wird, nicht bei denen, die der Erzeugung ihre Kräfte, ihre Gesundheit, ja oft genug ihr Leben widmen, sondern bei denen, für die dieses geschieht.

Die konsequenteste und überzeugendste Offenbarung des heutigen Gesellschaftszustandes mit seiner Unsicherheit und Unberechenbarkeit haben wir in der Agiotage und der Börse, in der Vermögensanlage in Aktien, Staats- und Kreditpapieren überhaupt. Durch jedes Ereignis in fernen Landen, durch Krieg und Frieden, ja durch jede öffentliche Meinung, durch jede verlogene Depeche, durch jede Anleihe in Paris oder London, durch die Getreideernten am Mississippi und die Goldminen auf irgend einem Fleck Erde, kurz durch jedes objektive Ereignis, durch lauter rein objektive Bewegungen als solcher, sei es auf politischem, finanziellen oder merkantilistischem Gebiet, wird täglich auf der Börse das Mein und Dein der Individuen bestimmt und festgesetzt.

Wenn man nun die mit dem Namen "Sozialismus" bezeichnete reformatorische Richtung als "Vertheilung des Eigentums von Gesellschaftswegen" definiert, so sollte man niemals vergessen, daß ein solcher Zustand gerade heute besteht. Gerade heute herrscht ein anarchischer Sozialismus mit dem Scheine individueller Freiheit und individueller Produktion. Was also der regulirende, der reformatorische Sozialismus

aufheben will, das ist nicht das Eigentum, sondern die Anarchie; er will gerade individuelles, auf die Arbeit gegründetes, Eigentum erst einführen, indem er das Arbeitsinstrument, das Kapital, der Arbeit unterordnet, die Produktivität des Kapitals aufhebt und die Produktivität der Arbeit einführt, mit anderen Worten: dem Arbeiter den vollen Ertrag seiner Arbeit garantiert.

Der Sozialismus bekämpft also nicht das Eigentum als solches, sondern die feindselige Stellung des Kapitals zu demselben. Fichte hat ganz Recht mit seinem Ausspruch: "Die Bildung der Dinge durch eigene Kraft ist der wahre Rechtsgrund des Eigentums, aber auch der einzig naturrechtliche. Auf die rohe Materie haben wir das Zuignungsrecht, auf die durch uns modifizierte das Eigentumsrecht."

Ähnlich hat bekanntlich Proudhon sich ausgesprochen. Es ist nicht wahr, daß seine Kritik des Eigentums schlechthin in dem ärgerlich pikanten Satze gipfelt: "Eigentum ist Diebstahl." Das würde den Gesetzen der Logik ebensowenig entsprechen, wie wenn ich sagte: Die Sonne ist überflüssig! Proudhon's Definition lautet: Eigentumsrecht ist das Recht, das Produkt, den vollen Werth seiner Arbeit, aber auch nur diesen, zu genießen und frei darüber zu verfügen. Ein Eigentum, das nicht von Arbeit herkommt oder sich ohne Arbeit erhält, ist Diebstahl. — Das nimmt sich anders aus, als der Satz: "Eigentum ist Diebstahl."

Der Kapitalismus ist weit davon entfernt, die Konsequenzen dieser naturrechtlichen Eigentums-Definition in all ihrer Schärfe und Rücksichtslosigkeit anzuwenden. Von diesem Standpunkte betrachtet, offenbaren die bestehenden Eigentumsverhältnisse zweifellos ein schweres Unrecht. Aber sie sind etwas geschichtlich Gewordenes, ein geschichtliches Faktum, das mit innerer Nothwendigkeit sich entwickelt und für welches also diejenigen, denen es Vortheile gewährt, nicht persönlich verantwortlich sind; man darf, wie schon bemerkt, in ihnen nicht die Produzenten der bestehenden Zustände sehen, sie sind in Wahrheit auch nur die unverantwortlichen, unbewußten und willenlosen Produkte derselben.

Diese Erkenntnis bestimmt uns, jener Definition Lassalle's beizupflichten, welche in der Anerkennung der historischen Rechtmäßigkeit des Bestehenden gipfelt. So sehr auch die nicht Kapital besitzenden Klassen berechtigt sind, vom Staate zu verlangen, daß er sein ganzes Sinnen und Krachten auf die Verbesserung ihrer kummervollen Lage zu richten hat und ihnen, durch deren Hände alle die Reichthümer produziert werden, mit denen unsere Zivilisation prunkt, ohne deren Arbeit die gesammte Gesellschaft nicht einen Tag existiren könnte, zu einem reichlichen und gesicherten Erwerbe und damit wieder zu der Möglichkeit geistiger Bildung, also zu einem wahrhaft menschenwürdigen Dasein zu verhelfen, — so sehr die arbeitenden Klassen berechtigt sind, dieses vom Staate, als seinem wahrhaftesten Zwecke entsprechend, zu fordern, so darf und wird dennoch der Arbeiter niemals vergessen, daß aller unter gesellschaftlicher Sanktion erworbene gesellschaftliche Besitz historisch rechtmäßig und deshalb unantastbar ist.

Wenn wir aber so völlig absehen von dem einmal geschichtlich bereits entstandenen Kapitalbesitz, als in historisch-rechtlicher Uebereinstimmung mit den bestehenden Zuständen entstanden, so beanpruchten wir in völlig logischer Weise andererseits doch für Staat und Gesellschaft das unbestreitbare Recht: das noch ungewordene Eigentum, das Eigentum der Zukunft durch eine andere Gestaltung der Produktion zum Arbeits-Eigentum zu gestalten. Unsere Forderungen werden nicht bestimmt vom kleinsten boshafsten Neid gegen die Bestehenden, sondern vom Rechtsbewußtsein. Wir wollen nicht "theilen", was die von den Verhältnissen begünstigten erworben haben, wohl aber für die Zukunft der anarchischen Theilerei ein Ende machen, und zwar nicht aus eigenem, persönlichen Willen, sondern indem wir dem Gesetze der geschichtlichen Entwicklung Folge geben. Möge jeder "Bourgeois" und sonstige Bestehende das Seine in Frieden genießen. Nicht dem Einzelnen zu nehmen, was die gesellschaftlichen Zusammenhänge ihm aus der Arbeit, dieser Quelle alles Reichthums und aller Kultur, zu schöpfen er-

laubten, sondern diese Quelle vor fernem Misbrauch zu beschützen, das ist die Aufgabe der Zeit. Dabei handelt es sich selbstverständlich keineswegs darum, mit der Theilung der Arbeit zu brechen, sondern bloß darum, das Kapital wieder zum dienenden Arbeitsinstrument zu machen, und dazu ist nur erforderlich, die ohnehin ja gemeinsame Arbeit der Gesellschaft auch mit dem gemeinsamen Kapital derselben zu betreiben und den Ertrag an Alle, die zu ihm beigetragen haben, nach Maßgabe dieser ihrer Leistungen zu vertheilen. Das ist aber nur möglich auf dem Boden der berufsgenossenschaftlichen Organisation; sie wird in der Zukunft das Gebiet sein, auf welchem die Arbeit zum Heile für Alle sich befruchtet.

* Wegen Raummangels mußte die Fortsetzung des Artikels: „Humanität und erworbenes Recht“ zur nächsten Nummer zurückgeschickt werden.

Wirtschaftlich-soziale Rundschau.

Ein außerordentlicher Berufs-genossenschaftstag findet am 3. November in Berlin statt. Auf demselben soll in erster Reihe die Frage der Abänderung der Unfallversicherungs-Gesetze, zu welcher die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion die Anregung gegeben haben, einer Beachtung unterzogen werden. Ferner soll bei dieser Gelegenheit der Verband der Berufs-genossenschaften auch Stellung zu der Gewerbe-gesetz-Novelle nehmen, soweit durch die letztere die Aufgaben der Genossenschaften betroffen werden.

In Arbeiterkreisen Elsaß-Lothringens wird die Wende einer Petition an den Reichstag um Abschaffung der französischen Preß- und Vereinsgesetzgebung geplant. In ganz Elsaß-Lothringen sollen Unterschriften gesammelt werden.

Es kommt häufig vor, daß die Unternehmer ihren Arbeitern bei deren Abgange die Krankentassenbücher wegen vorhandener Differenzen vorenthalten. Dies Verfahren ist ungerechtfertigt, da das Krankentassenbuch dem Arbeiter gehört und der Unternehmer unter Umständen schadenersatzpflichtig werden kann, wenn der Arbeiter wegen des fehlenden Krankentassenbuches keine Arbeit erhalten kann.

Eine Zusammenstellung der Verbote und Aufhebung von Versammlungen seit dem 1. Oktober, dem Tage des Fortfalls des Sozialistengesetzes, ergibt folgendes Resultat: Eine Auflösung in Berlin auf Grund des Allgemeinen Landrechts, eine desgleichen in Widdorf auf Grund des Sozialistengesetzes, drei Auflösungen von Bergarbeiterversammlungen im Saargebiet und eine Auflösung in Magdeburg. Außerhalb Preußens wurden aufgelöst eine Schornsteiner-Versammlung in München, eine sozialdemokratische Versammlung in Wiesbaden (Waden) und fünf Versammlungen im Königreich Sachsen auf Grund des Vereinsgesetzes. In Sachsen wurde ferner die Abhaltung eines Stiftungsfestes seitens eines Fachvereins verboten, ein Wahlverein (in Witten) und ein (Wahlverein) aufgelöst und die Gründung einer Zählstelle (in Leipzig) des Vereins der Zigarrenarbeiter Deutschlands untersagt. Endlich durfte in Frankfurt a. M. die Kranken- und Sterbefasse der Wäpfer einen „Familienabend“ nicht veranstalten.

Rein Vereinsgesetz hindert das Kapital, mag es sich zur Durchführung seiner Zwecke national oder international organisieren. Das vor einem Jahre von schweizerischen in der nordatlantischen Fahrt beschäftigten deutschen und englischen Dampfschiffen unter dem Namen „The Hamburg Agreement“ abgeschlossene Kartell, welches ein einmütiges Vorgehen in der Festlegung der Passagierpreise und damit die Unterbindung jeder den Gesellschaften schädlichen Konkurrenz bezweckt, ist in Liverpool seitens der beteiligten Gesellschaften erneuert worden. Die Mängel der Unternehmer sind Klagen, die sorgsam — gehegt werden, mögen sie auch dem Gemeinwohl zuwiderlaufen; die Organisationen der Arbeiter, die dem Gemeinwesen den größten Nutzen bringen, seßelt man durch Polizeihandeln und Gesetzesriffe an Händen und Füßen. Gleichheit vor dem Gesetz!

Ein recht lehrreiches Beispiel dafür, was selbst unter den heutigen Verhältnissen seitens der Unternehmer für die Arbeiter an freiwilligem Arbeiterschutz geschehen kann, ohne die Konkurrenzfähigkeit zu untergraben, bringt der irische Fabrik-Inspektor Woodgate in seinem letzterem Inspektionsbericht. Die Besitzer einer Damastweberei in St. Ellen bei Belfast, John Brown and Sons, die überhaupt für die anständige Behandlung ihrer Arbeiter bekannt sind, haben denselben statt des halben den ganzen Sonnabend — natürlich neben dem Sonntag — freigegeben, so daß die Arbeiter einen Tag in der Woche haben, den sie dem Vergnügen, und einen zweiten, den sie der Ruhe widmen können. Die Meinung hat sich, wie die Firma Herrn Woodgate mittheilt, hat durchaus bewährt. Zugleich aber konstatirte die Firma eine wesentliche Verbesserung des Gesundheitszustandes, der Schaffenskraft und des geistigen Aftandes der Arbeiter. Es wird wohl bei der Neuerung auch etwas Vermehrung im Ueberschuß sein; vielleicht, daß es nicht lobend genug ersehen, am Sonnabend für den halben Tag die Maschinen überhaupt erst in Betrieb zu setzen. Aber solche Motive sind in der heutigen Gesellschaft an sich kein Vorwurf, und wir haben es hier nicht mit den guten oder schlechten Willkürigen der Firmen-Inhaber zu thun, sondern mit ihren Thaten und den sich aus denselben ergebenden Folgerungen. Und die letzteren liegen auf der Hand. Wenn man bedenkt, wie sehr sich das deutsche Unternehmertum noch gegen die Durchführung der bloßen Sonntagseize in der Industrie sträubt, dann kann man sich eine Vorstellung machen von

der Grundbesitztheil der Auffassungen, welche in dieser Beziehung unter den englischen und deutschen Unternehmern bestehen.

Zur Alters- und Invaliditätsversicherung.

Den Vorständen der hier-domicilirten freien Kassen ging folgende Aufforderung zu:
Lübeck, im Oktober 1890.

Das Gesetz, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, dessen Inkrafttreten zum Anfang des Jahres 1891 zu erwarten ist, schreibt vor, daß diejenigen, welche künftig Anspruch auf eine Rente erheben, eine Wartzeit zurücklegen müssen. Die Wartzeit beträgt fünf Jahre für die Invalidentrente, dreißig Jahre für die Altersrente.

Diese Wartzeiten sollen in den ersten Jahren nach dem Inkrafttreten des Gesetzes abgefrist werden. Nach seinen Vorschriften soll die Erfüllung der Wartzeit denen zu Gute kommen, welche in den letzten Jahren vor dem Inkrafttreten des Gesetzes in einem Lohnarbeitverhältnisse gestanden haben. Sie müssen aber im Stande sein, dies durch Beschäftigung nachzuweisen.

Deshalb werden Alle, welche bislang in einem Arbeits- oder Dienstverhältnisse gestanden haben und welche auch nach dem 1. Januar 1891 in einem solchen Verhältnisse werden, aufgefordert,

sich die **Vescheinigungen baldigt zu beschaffen.**

Die Vescheinigungen sollen darthun:

- 1. wie lange der Betreffende seit November 1886 in einem Arbeits- oder Dienstverhältnisse beschäftigt gewesen ist;
- 2. ob und während welcher Zeit er seit November 1886 durch Krankheiten verhindert gewesen ist, sein Arbeits- oder Dienstverhältnis fortzusetzen. Für solche künftig versicherte Personen, welche älter als 59 Jahre sind, ist es wichtig, sich ferner
- 3. eine Vescheinigung über die Höhe des Lohnes, den sie in den drei Jahren 1888, 1889 und 1890 verdient haben, geben zu lassen.

Die unter Nr. 1 und Nr. 3 bezeichneten Vescheinigungen müssen entweder von dem Arbeitgeber oder von der zuständigen Verwaltungsbehörde ausgestellt sein. Die zuständige Verwaltungsbehörde ist im hamburgischen Staatsgebiete in der Stadt Hamburg, der Vorstadt und den Vororten die Polizeibehörde, im Landgebiete und Bergedorf die betreffende Landverrentschafft, im Amte Nigehörden der Amtsvorwahrer;

im Bremischen Staatsgebiete in der Stadt Bremen die Polizeibehörde, im Landgebiete der Landherr, in den Hafenstädten der Stadtrath; im Albedischen Staatsgebiete das Polizeiamt.

Wird die Vescheinigung von dem Arbeitgeber ausgestellt, so muß dessen Unterschrift von einer öffentlichen Behörde beglaubigt sein.

Die unter Nr. 2 bezeichneten Vescheinigungen über Krankheiten müssen von dem Vorstände der Krankenkasse und für solche Personen, welche einer Krankenkasse nicht angehören, und für Zeiten, während deren keine Unterstüßung von der Krankenkasse genährt wird, von der Gemeindebehörde ausgestellt sein.

Die Ausstellung und Beglaubigung aller vorbezeichneten Vescheinigungen muß **gebühren- und stempelfrei** erfolgen.

Es ist freilich nicht notwendig, aber doch sehr zweckmäßig, für diese Vescheinigungen Formulare zu verwenden. Wegen deren Erlangung wolle man sich an die untere Verwaltungsbehörde oder an die Gemeindebehörde des Ortes, erforderlichenfalls aber an die unterzeichnete Behörde, welche sie kostenfrei abgeben wird, wenden. Es wird noch darauf hingewiesen, daß die Formulare auch in vielen Druckereien käuflich für wenige Pfennige zu haben sind.

Demnachst werden Einrichtungen getroffen werden, daß die obigen Vescheinigungen bei der unterzeichneten Versicherungsanstalt in Aufsehwahrung gegeben werden können. Es wird darüber eine Bekanntmachung erlassen werden.

Der Vorstand der **Kaufmännischen Versicherungsanstalt für Invaliditäts- und Altersversicherung.**

Sehhard.

Die große Industrie.

Während beim handwerksmäßigen Betriebe die Umwälzung des Produktionsprozesses von der Arbeitskraft ausgeht, geht sie bei der großen Industrie vom Arbeitsmittel aus: an die Stelle der Werkzeuge zum Handgebrauch treten hier Maschinen.

Alle entwickelte Maschinenriehe besteht aus drei wesentlich verschiedenen Theilen: der Bewegungsmaschine, dem Uebertragungsmechanismus und der Werkzeug- oder Arbeitsmaschine. Die Bewegungsmaschine wirkt als Triebkraft des ganzen Mechanismus. Sie erzeugt ihre eigene Bewegungsraft, wie die Dampfmaschine, kalotische Maschine, elektro-magnetische u. Maschine, oder sie empfängt den Anstoß von einer Naturkraft außer ihr, wie das Wasserrad vom Wasser, der Windmühl vom Wind u. c. Der Uebertragungsmechanismus, zusammengesetzt aus Treibwällen, Schwungradern, Zahnrädern, Kegelrädern, Riemen, Zwischenstufen und Vorlegeln der verschiedensten Art, regelt die Bewegung, verwandelt, wo es nötig ist, ihre Form — z. B. aus einer senkrechten in eine kreisförmige — vertheilt und überträgt sie auf die Werkzeugmaschine. Beide Theile des Mechanismus sind mit vorzuziehen, um die Werkzeugmaschine die Bewegung mitzutheilen, wodurch sie den Arbeitsgegenstand fertig und zweckgemäß bearbeitet. Dieser Theil der Maschinenriehe, die Werkzeugmaschine, ist es, wovon im 18. Jahrhundert die große industrielle Revolution ausging, wie wir des öfteren in umfassender und eingehender Weise gezeigt haben. Und sie bildet noch jeden Tag

von Neuem den Ausgangspunkt, so oft Handwerksbetrieb in Maschinenbetrieb übergeht.

Bei der Werkzeugmaschine findet man im Großen und Ganzen die Werkzeuge des Handwerkers, bezw. Handarbeiters wieder; der Unterschied besteht nur darin, daß bei letzteren die Anzahl und der Umfang der Werkzeuge durch die menschlichen Organe beschränkt sind, während bei der Maschine diese Grenzen nicht existieren. Man vergleiche nur einmal den Hammer, den der Schmied schwingt, mit dem oft viele hundert Zentner schweren Dampfhammer!

Quert würden die Arbeitsmaschinen durch Menschen in Bewegung gesetzt, dann häufig durch Pferde und andere geistige Thiere, seltener aber durch den menschlichen Wind; mehr und mehr aber nahm man das Wasser in Anspruch. Indes ist auch der Gebrauch der Wasserkraft mit verschiedenen Uebelständen verbunden, welche erst die Erfindung der Dampfmaschine beseitigte. Der Arbeitbetrieb blieb jetzt nicht länger an die Dichtigkeit, das lebendige Geseß gebunden; der Grad der Arbeitskraft, bisher von vorhandenen Naturumständen abhängig, ward nunmehr ganz und gar menschlicher Regelung unterworfen; man konnte fortan mit derselben Bewegungs-maschine den weitläufigsten Uebertragungsapparat und die zahlreichsten Arbeitsmaschinen treiben.

Die Fabrik weist zwei Hauptarten auf: entweder vereinigt sie viele gleichartige Arbeitsmaschinen, von denen jede das ganze Produkt erzeugt, oder sie umschließt ein Maschinenstystem, verschiedene Maschinen, von denen jede einen Theil des Produkts fertigt, so daß dasselbe durch die verschiedenen Maschinen hindurchlaufen muß, bis es vollendet ist.

Als gegliedertes System automatischer Arbeitsmaschinen, die ihre Bewegung durch Uebertragungsmechanik von einem zentralen Automaten empfangen, besitzt der Maschinenbetrieb seine entwickelte Gestalt. An die Stelle der einzelnen Maschine tritt hier ein mechanisches Uebersetzungsorgan, dessen Leib ganze vietheilige Fabrikgebäude füllt und dessen dämonische Kraft, erst vertheilt durch die fast feierlich gemessene Bewegung seiner Riesenorgane, im schieferhaften Rollen der Arbeitstange seiner zahllosen eigentlichen Arbeitsorgane ausbricht.

Die Maschinen selbst wurden zunächst von Handwerkern gefertigt, allein bald stellte sich eine solche Produktion als ungenügend heraus und es wurden auch die Maschinen mittels Maschinen erzeugt.

Die von der Großindustrie bewirkte Umgestaltung der Produktionsweise ergriß nach und nach auch das Kommunikations- und Transportwesen. Es entstanden Eisenbahnen, Dampfschiffe, Telegraphen u. c.

Das Kapital nun eignet sich alle Erfindungen und Entdeckungen sozusagen rein umsonst an. Was der Kapitalist zur Ausbeutung der Wissenschaft anwenden muß, ist ein allerdings an sich kostspieliger Apparat, der aber auch viel billiger ist, als jene große Menge von Werkzeugen und Arbeitskraft, die sonst zur Erzeugung gleich großer Warenmassen nötig wäre.

Derjenige Werththeil, den die Maschinenriehe durch ihre Abnutzung verliert, geht auf das Produkt über. Dabei ist dieser Werththeil bei der maschinenmäßigen Produktion im Verhältnis zur handwerksmäßigen kleiner, weil er sich auf eine viel größere Produktionsmasse vertheilt, während zugleich die Arbeitsmittel ökonomischer angewendet werden.

Die Arbeit, welche durch Anwendung einer Maschine erspart wird, muß größer sein, als die Arbeit, welche zu ihrer Herstellung nötig ist. Die Produktivität der Maschine muß sich also an dem Grade, worin sie menschliche Arbeit erspart, messen. Während einer Selbstspinnmaschine wird z. B. in 150 Arbeitsstunden ein Geleispinnballer an der Maschine beschäftigten zusammengerechnet) so viel Garn gesponnen, wie mittelst des Handspinnrades in 27 000 Arbeitsstunden.

Sobald die Maschine Muskelkraft entbehrlieh macht, wird sie zum Mittel, Arbeiter ohne Muskelkraft oder von unzureichender Körperentwicklung, aber größerer Geschmeidigkeit der Glieder, anzuwenden. Weib- und Kinderarbeit war daher sofort nach der kapitalistischen Anwendung der Maschinenriehe die Parole. Das gewaltigste Erfolgsmittel von Arbeit und Arbeitern verbandelte sich damit sofort in ein Mittel, die Zahl der Lohnarbeiter zu vermehren durch Einordnung aller Mitglieder der Arbeiterfamilie, ohne Unterschied von Alter und Geschlecht, unter die unmittelbare Botmäßigkeit des Kapitals. Die Zwangsarbeit für dasselbe usurpirte nicht nur die Stelle des Kindespiels, sondern auch der freien Arbeit im häuslichen Kreise innerhalb stiftlicher Schranken für die Familie selbst. Indem die Maschinenriehe alle Glieder der Arbeiterfamilie auf den Arbeitsmarkt wirft, vertheilt sie den Werth der Arbeitskraft des Mannes über seine ganze Familie, entwerthet also seine Arbeitskraft. Der Arbeiter verkauft früher seine eigene Arbeitskraft, worüber er als formell freie Person verfügte; jetzt muß er auch Weib und Kind preisgeben und dieselben als Konkurrenzanten sich gegenüberstellen.

Durch den bedeutenden, oft überwiegenen Zusatz von Weibern und Kindern zum kombinirten Arbeitspersonale bricht die Maschinenriehe endlich den Widerstand, den der männliche Arbeiter in der Periode des handwerksmäßigen Betriebes dem Kapital noch entgegensetzte. Dazu kommt, daß jede verbesserte Maschine die minder vollkommenen je nach Umfang und Wirkung der Verbesserung entwerthet. Der Unternehmer ist deshalb bestrebt, seine Maschinenriehe in möglichst kurzem Zeitraum auszumunten, d. h. aus jedem gegebenen Zeitraum so viel Arbeitszeit als möglich auszunutzen. Er schüßt sich dadurch nicht nur vor Nachtheilen, sondern erlangt auch wesentliche Vortheile.

Der verlängerte Arbeitstag, ob er nun ganz ohne Weiteres oder unter dem Namen „Ueberstunden“ verlängert wird, hat den Vortheil für den Unternehmer, daß er mehr Waare und also auch einen größeren Mehrerwerb erzeugen kann, ohne den in Gebäuden und Maschinen angelegten Kapitalantheil erhöhen zu müssen. So lange die Maschinenriehe in einem Produktionszweig nur noch von vereinzelten Unternehmern angewandt wird, besitzen letztere ein Monopol und machen natürlich „sehr gute

Geschäfte"; sobald sich aber der Maschinenbetrieb verallgemeinert hat, hängt die Größe des Mehrwertes nur von der Anzahl der gleichzeitig beschäftigten Arbeiter und von dem Grade ihrer Ausnutzung ab.

Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

An die Herren Vorstände und Leiter der Gewerkschaften!

In Uebereinstimmung mit mehreren Gewerkschaftsvorständen ziehe ich die von mir und dem Vertrauensmann der Klempner erlassene Einladung zur Gewerkschaftskonferenz in Berlin zurück, mit dem Bemerkten, daß jene Gewerkschaftsführer, welche zur Konferenz zugelassen werden, schriftlich eingeladen werden. Die Einladungen, welche in den nächsten Tagen zum Verband gelangen, gelten zugleich als Legitimation.

Fürth, 21. Oktober 1890.

Martin Segis,

Vertrauensmann der Metallarbeiter.

NB. Die Arbeiterpresse wird um Abdruck ersucht.

Der in den Tagen vom 28. Mai bis 11. Juni 1888 vor dem Landgericht I Berlin verhandelte Montierprozeß contra Großmann und Gen., in welchem die Staatsanwaltschaft gegen das in obiger Zustands gefällte freisprechende Erkenntnis die Revision beim Reichsgericht einlegte, wurde am 8. Dezember d. J. wiederum vor dem Berliner Landgericht I, an welches die Sache vom Reichsgerichte zurückverwiesen worden, verhandelt worden.

An alle Arbeitsgenossen Deutschlands! Die Töpler Berlins befinden sich seit dem 21. Oktober im Streik, die Ursachen desselben sind nicht Lohnverhöhung, nicht Verkürzung der Arbeitszeit, es handelt sich nur um unsere Gesundheit. Seit drei Jahren stellen wir schon die gerechte Forderung an unsere Arbeitgeber, sowie das bauende Publikum: Daß wir bei taufer Jahreszeit nicht im Stände sind, wenn wir unsere Gesundheit erhalten wollen, ohne verglaste Fenster arbeiten zu können. Diese unsere gerechte Forderung ist am 9. September ds. Jrs. wiederum erneuert und mit dem Hinweis, daß wir Töpler vom 15. Oktober d. J. auf solchen Bauten, wo die Fenster nicht verglast sind, nicht mehr weiter arbeiten, an die Töpfermeister, sowie die Bauherren in Form von Zirkularen verbreitet. Da nun unser Gesuch in den wenigsten Fällen Gehör fand, beschloßen wir in einer öffentlichen Töpferversammlung vom 21. Oktober, die Arbeit auf solchen Bauten niederzulegen, wo unsere Forderung nicht erfüllt wird. Arbeiter! Genossen! Die Berliner Töpler haben immer, wo es galt, ihr Solidariätsgesühl anderen Arbeitsgenossen gegenüber zu beweisen gelernt, und werden es ferner zeigen, daß sie voll und ganz für die Rechte des Arbeiters eintreten; darum trete ich ein für unsere, für eure Rechte, indem ihr uns mit Geldmitteln unterstützt. Schnelle Hilfe, die beste Hilfe.

Dr. A. C. Thieme.

Briefe und Sendungen sind an C. Thieme, Dresdenstraße 116, Restaurant Grindel, zu senden.

Uns Westler liegt die wichtige Nachricht vor, daß die Vergarbeiter des gesammten Charcolit-Industries für den ersten November der Generalstreik beschloßen haben, falls ein, Iprozentiger Lohnaufschlag nicht bewilligt wird. Die Direktoren erklärten jede Vohnerhöhung für unmöglich.

Ueber die gegenwärtige Höhe der Löhne im Baugewerbe Berlins theilt die „Bauegen.“ folgendes mit: „Maurer- und Zimmererlöhne erhalten pro Stunde von 65 bis 80 A. Durchschnittslohn 70 bis 75 A. Maurergehellen erhalten 50 bis 60 A. Durchschnittslohn 55 A. Zimmererlöhne ebenso. Das Angebot der Arbeitskräfte überwiegt bedeutend die Nachfrage. Es wird lebhaft um Arbeit gekämpft. — Für den Winter scheint übrigens die Bauhätigkeit im Verhältnis lebhaft werden zu wollen.“

Uns Braunschweig ausgetreten sind auf Grund des Freizügigkeitsgesetzes der aus Oesterreich stammende Tischler A. Schmidt, weil er der dortigen Polizei „lästig“ gefallen sein soll. Schmidt, der sich seit zwei Jahren in Braunschweig aufhielt und Familienvater ist, mußte innerhalb acht Tage die Stadt verlassen. Er war in der dortigen Gewerkschaftsbewegung bisher außerordentlich thätig und dürfte er sich wohl hauptsächlich mit dadurch „lästig“ gemacht haben, daß er die 240 Exemplare der „Neuen Tischler-Zeitung“, welche allwöchentlich nach Braunschweig kommen, dort verbreitete. Denn wie Herr Schmidt letzter erst vor Kurzem schrieb, suchte ihm die Polizei dieserhalb Schwierigkeiten zu machen. Da sie aber dabei nichts machen konnte, schickte sie ihn einfach zur Stadt hinaus. Wahrscheinlich gehören solche Maßregeln nach Ansicht der Braunschweiger Polizei zur Aera der Sozialreform. Sollenhaft werden die Kollegen des Herrn Schmidt ihm überall, wo er hinkommt, eine gute Aufnahme bereiten.

Uns das Beamtenumfäng an sich zu koaliten. Das Bestreben der Bergleute, sich zu einem großen Verbande zusammenzuschließen, hat auch die Beamten zu gleichen Bestrebungen veranlaßt. Der Verband der Steiger im Obergamtsbezirk Dortmund ist bereits eine Frucht jener Bestrebungen und jetzt beginnt sich ein neuer Verband zu bilden. Es sind die „Grubenbeamten über Tage“, d. h. solche, welche den Materialbüreau, den Werkstätten z. vorkommen, die weder Untertommen in dem Verbands technischer Grubenbeamten, noch im Steigerverbande fanden. Diese haben beschloßen, einen sich über den ganzen Obergamtsbezirk Dortmund erstreckenden Verband zu gründen. Derselbe soll namentlich bezwecken, seinen Mitgliedern bei Stellenlosigkeit Unterstützung zu

gewähren, ihnen auch in sonstigen Fällen der Noth beizustehen. Der Verband hofft auf das Wohlwollen der Gewerker (so nennen sich die Grubenbesitzer), deren Unterstützung wohl nicht ausbleiben wird.

Situationsberichte. Maurer.

Elberfeld. In der heute auf der „Wilhelmshöhe“ tagenden Mittheilerversammlung des Elberfelder Maurervereins hielt zunächst der Vorsitzende einen Vortrag über den Kampf um's Dasein. Redner bewies in klarer Sprache, wie von jeder der Schwachen dem Stärkeren unterlegen sei, daß aber durch die Klassenvereinigung der Schwachen eine Macht entstehe, mit welcher auch der Stärkere zu rechnen habe. Redner forderte dann die Kollegen zu thätigster Agitation für die Organisirung sämmtlicher Arbeiter auf. Im Einzelnen befand sich die Frage, ob die Forderung der Hamburger Kollegen eine angemessene zu nennen sei? Sämmtliche Redner führten diese Frage auf eine Anstellung des Delegierten Benz aus Remscheid auf dem Galster Varietete zurück und bedauerten, daß der Vertreter eines industriell so hoch entwickelten Kreises eine solche Unkenntniß der in die Augen springenden Vorgänge an der Tag legen konnte. Denn, so wurde ausgeführt, es wisse doch jeder Bauer, daß der Streit durch die Ausperrung der Mehrzahl der Kollegen, durch diesen Nachtheil des Unternehmertums, welcher eine Antwort auf die Maßfener und den 20. Febr. sein sollte, entfiel und daß der Streit nicht durch die „unvernünftigen“ Forderungen der Hamburger Kollegen scheiterte, sondern infolge der Unzufriedenheit einer großen Anzahl Arbeiter aus den Provinzen, welche zu Streikbrechern wurden. Zu verwundern sei das ja nicht, daß Delegirte auf sozialistischer Kreise nicht einmal eine Parallele zwischen „vernünftigen“ und „unvernünftigen“ Forderungen zu ziehen verstanden. Wenn z. B. die Arbeiter Remscheid noch nicht die Forderung der neunstündigen Arbeitszeit und 65 A. Stundenlohn stellten, so liege das jedenfalls doch nicht daran, daß die Remscheider Arbeiter vernünftiger seien als die Hamburger Maurer, sondern darin, daß die Mehrzahl ihr soziales Glend und die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation noch nicht begriffen habe. Betrachte man sich z. B. die Remscheider Maurer etwas genauer. Es seien dieses zum größten Theile Passauer Wandergelöhne, welche im Frühjahr ganz Rheinland und Westfalen überschwemmen und sich gegenseitig überbieten im „Sparen“ (richtiger ausgebrückt: Hungern), Ueberstundenmachen, Unterbieten von Alfordbreiten, Penunziren organisirter Kollegen und Rückgehengehen. Nach langem Bemühen sei es endlich gelungen, in Remscheid einen Maurerverein zu gründen, aber trotz aller Bemühungen seitens der Elberfelder Kollegen sei derselbe noch ein Schmerzenskind der Gewerkschaftsbewegung geblieben. Trotz beschiedener Vorträge über die Nothwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit arbeite ein großer Theil der Remscheider Maurer bei elf Stunden regelmäßiger Arbeitszeit noch täglich zwei bis drei Ueberstunden im Sommer. Wenn man hier in Elberfeld scherzweise von Remscheider Arbeitszeit spricht, so versteht man darunter die Zeit vom Morgen grauen bis zum Dunkelwerden. Wir uns in diesem Frühjahr demüthigen, die Remscheider Kollegen zum Bescheiden des 7. deutschen Maurerkongresses zu bewegen, sichten sie es für besser, für das Geld, welches die Entsendung eines Delegirten kostet, eine Fahne anzuschaffen. „Grundstein“ und „Freie Presse“ haben trotz unserer Bemühungen unter den Remscheider Maurern noch keine Wohnstätten gefunden. Die von der Geschäftsleitung ausgesandten Agitatoren konnten in Remscheid noch keinen Vortrag halten, und weil unser Verein die Remscheider in diesem Sommer zu ihrem Stiftungsfest nicht mit Fahne und Musik besuchte, so will man dort auch keinen hiesigen Kollegen mehr sprechen hören. Und in anderen Branchen sieht es in Remscheid nicht besser aus. Kann es denn Herr Benz mit seiner eigenen Vernunft vereinbaren, aber Andere den Stab zu brechen, während im eigenen Hause die Uebernunft domirt? Erst das eigene Haus restaurirt, ehe man vor der Thür Anderer steht. Wir empfehlen dem Herrn das Studium von Rautsky's „Der Achtundtag und die Beschlässe des internationalen Arbeiterkongresses“ sowie die Broschüre „200 000 Wagabunden“, und wenn er sich um die Arbeiterbewegung besonders verdient machen will, so möge er thätig agitiren, daß auch die Remscheider Arbeiter dahin kommen, so vernünftige Forderungen, wie neunstündige Arbeitszeit unter Beibehaltung des bisherigen Tagelohnes, zu stellen, dann werden auch wir bereit sein, sein Urtheil zu hören. Im weiteren Verlauf der Debatte wurde von dem Vorsitzenden bemerkt, daß es ein Trirkum sei, wenn verschiedene Leute meinten, das Festen eines Zentralverbandes trage zum großen Theile Schuld an dem Mißlingen des Hamburger Maurerausschlusses. Die Redner meinten, die heutige Form unserer Organisation sei einem Zentralverbande vorzuziehen. Von einem Mitgliede wurden dem gegenüber die Vortheile der Zentralverbände hervorgehoben, da dieselben dem Unternehmertum eine kompaktere Masse entgegenstellen, außerdem sei es den Kollegen in den kleineren Orten eher möglich, eine Abtheilung eines Verbandes zu gründen als einer selbstständigen Fachverein. Und das solle bedeutend in's Gewicht, da die kleinen und abgelegenen Orte einen starken Procentsatz der Streikbrecher lieferten. Uebrigens war Redner der Ansicht, daß der Kollege, welcher wirtschaftlich frei zu denken vermöge, auch in volksthümlicher Hinsicht reif sei und die Pflichten der „politischen Aufklärung“ in den Fachvereinen nicht die große Wichtigkeit habe, als manche Leute glauben machen wollen. In der nächsten Mitgliederversammlung wird ein Vortrag über die deutschen Arbeiter und das Gewerkschaftsrecht stattfinden. Sollenhaft wird diese Veranstaltung besser besucht werden.

Leipzig. Hier tagte am 22. Oktober eine öffentliche Versammlung des Vereines zur Wahrung der Interessen der Maurer von Leipzig und Umgegend. Zum ersten Punkt der Tagesordnung „Die Bildung der Arbeiter und die soziale Frage“ sprach Herr Schriftsteller Manfred Wittich. Derselbe führte aus: Es ist

eine große Unwahrheit, wenn die „Leipziger Zeitung“, das Organ der sächsischen Regierung, behauptet, die deutsche Sozialdemokratie als Arbeiterpartei sehe die Bildung hintenan. Von keiner anderen Seite ist so viel für die Bildung der Arbeiter gethan worden, als von der deutschen Sozialdemokratie. Es kommt vor allen Dingen darauf an, was man unter „Bildung“ versteht, namentlich, da in gewissen Kreisen die „Bildung“ eben falls der Mode unterworfen ist, der Eine glaubt, er ist gebildet, wenn er recht schön „guten Morgen“ sagen kann; der Gymnast glaubt, wenn er das Beugnis der Meise für den Einjährigfreiwilligen-Dienst in der Tasche hat, ist er gebildet; der Lehrling, wenn er sein Gesellenstück gemacht hat; der Meister, wenn er Aufnahme in einer Innung gefunden hat usw.; kurz, Jeder glaubt, er sei „gebildet“. Doch das ist einseitige Bildung und nicht die gesammten Menschheit nützliche. Der Drang zur Bildung ist allerdings bei der breiten Masse des Volkes vorhanden. Wir sehen, mit welchem Interesse der Arbeiter bestrebt ist, sich praktisch und wissenschaftlich zu bilden; die meisten Bücher, welche über Fachwissenschaften und Volkswirtschaft von Männern, welche es ehrlich mit der breiten Masse des Volkes meinen, geschrieben wurden, hatten die Arbeiter zu Konsumenten, das beweist doch, daß der Drang nach Bildung vorhanden ist, wo er nicht durch allzu große Noth gebildet oder lahmgelegt wird. Das Volk hat begriffen, es bedarf der Auszubildung einer tüchtigen Bildung. Die Arbeiter Deutschlands stehen zur Zeit an der Spitze der kultivirten Welt. Wir sehen, wie jedes Gewerke bemüht ist, für sich in seinem Bereiche eine Fachschule einzurichten, und wie die Mitglieder sich hauptsächlich über Volkswirtschaft, gegenständig zu bilden suchen, was um so nothwendiger ihrerseits gesehen muß, weil in unseren Volksschulen der Unterricht auf dieses Gebiet nicht ausgedehnt ist. Die soziale Frage kann keineswegs durch eine Gnabengabe von oben gelöst werden, sondern sie muß von der ganzen Gesellschaft in Angriff genommen werden, um endlich gelöst zu sein. Um den Arbeiter, den eigentlichen Träger der Kultur, wirtschaftlich frei zu machen, ist es nöthig, eine Summe von Bildung im Charakter und im Geiste des gesammten Volkes zu erzeugen, die es befähigt, die Umgestaltung der gesellschaftlichen Ungleichheiten thätiglich herbeizuführen. Das kann dadurch geschehen, daß man die Arbeiter bei dem Gesehmaden mitarbeiten läßt und nicht, wie das bei Wahlen so oft geschieht, der Arbeiter durch den Unternehmer verhindert wird, nach seiner inneren Ueberzeugung zu wählen. Bei dem Arbeiter ist vielfach mehr gesundes Rechtsgefühl vorhanden, als bei dem Wohlgelehrten, das beweist die herlicheartige Auslegung des den Arbeitern gesetzlich garantierten Koalitionsrechts. Wir wissen, mit welcher Rücksichtslosigkeit in Hamburg gegen die Arbeiter verfahren wurde, wir wissen aber auch, welche Charakterbildung und große Energie dazu gehört, beantragte Behandlung ohne einen Ausbruch großen Unwillens hinzunehmen, um nicht Anderen Gelegenheit zu geben, gewaltthätig einzuschreiten, — das beweist, daß die Bildung der deutschen Arbeiter diese Mängel gelehrt hat. Deshalb lasse man sich durch einen schlechten Geschäftsgang nicht so leicht entmuthigen, im Gegentheil — es ist nothwendig, auf der betretenen Bahn weiter zu schreiten. — Zum zweiten Punkt verlas der Kassirer des Vereines die Abrechnung vom Monat September bis 15. Oktober. Die Einnahme betrug M. 187.20, die Ausgabe M. 75.24, die Kassenbestand M. 111.96. Gegen diese Abrechnung wurde nichts eingewendet, sondern nur befragt, daß dem am 2. September neugegründeten Verein nicht mehr als 300 Mitglieder angehören. Mehrere Redner wiesen darauf hin, daß es Aufgabe aller Anwesenden sei, sich in den Verein aufzunehmen zu lassen und für denselben zu agitiren. Von anderen Rednern wurde die große Zahl der Arbeitslosen erwähnt und dabei die Unruhe einzelner Kollegen gerügt, welche Ueberstunden und Sonntags arbeiten. Ein Antrag, die Versammlungen 1 1/2 Stunden nach Beendigung der Arbeitszeit beginnen zu lassen, wurde dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiefen. Dann erfolgte Schluß der leiblich besuchten Versammlung.

Chemnitz. Am 15. Oktober hielt der hiesige Fachverein der Maurer seine regelmäßige Mittheilerversammlung ab, welche wie gewöhnlich schwach besucht war. Zunächst wurden für die ausgedienten Revisionen die Kollegen Heiffort und Kolbe als solche gewählt. Außerdem wurden noch verschiedene Vereinsangelegenheiten diskutiert und auch das in Nr. 41 des „Grundstein“ enthaltene Eingeladent aus Chemnitz zur Sprache gebracht, weil verschiedene Kollegen sich dadurch getroffen fühlten, doch konnte die Wichtigkeit der angeführten Thatsachen nicht bestritten werden. Es scheint, als ob sich auch hier eine Verleumdungskugel gebildet hat, welche — weil sie selber in der Organisation nichts ausrichten konnte — diejenigen Kollegen, welche die ihnen übertragene Aemter ehrlich verwaltet haben, mit Schmutz zu besetzen suchte.

Chemnitz. Am 19. Oktober tagte im Vereinstal (Schützenhaus) unter dem Vorsitz der Herren Schubert, Müller und Kolbe eine öffentliche Maurerversammlung, in welcher der Vertrauensmann, Herr Kahlow, Bericht über den Generalfonds der Maurer von Chemnitz erstattete. Derselbe führte aus, daß trotz der schlechten Organisation der hiesigen Maurer doch ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen sei, indem die Einnahme des Generalfonds von Jahr zu Jahr größer werde. Im Jahre der Gründung desselben (1887) habe die Einnahme M. 88 betragen; im Jahre 1889 sei dieselbe auf M. 350.96 gestiegen, während in diesem Jahre mit dem vorjährigen Kassenbestande von M. 131.51 zusammen die Summe von M. 567 ergeben habe; von dieser Einnahme seien M. 212 der Geschäftsleitung der Maurer Deutschlands überwiefen worden. M. 172 seien für Drucksachen, Versammlungsausgaben, Beschaffung des Kongresses, Porto und Schreibmaterial ausgegeben, so daß ein Kassenbestand von M. 183 verbleibe. Redner ging dann des Näheren auf die Entwicklung unserer Organisation ein und kritisierte scharf das Verhalten einiger Kollegen, welche sowohl keine Person als auch den Fachverein in geschäftiger Weise angegriffen haben, worauf der überwachende Beamte sich gemüthigt fühlte, die Versammlung aufzulösen.

Hannover. Am 7. und 21. Oktober fand im großen Saale des Rathhofs die Hauptversammlung des Maurer-Vereins von Hannover-Linden statt. Zum ersten Punkte der Tagesordnung verlas der Kassirer die Abrechnung, welche für richtig befunden wurde, worauf die Erteilung der Decharge stattfand. Auch die dann verlesene Abrechnung über den Rechnungsjahr wurde genehmigt. Vor Eingang in den zweiten Punkt der Tagesordnung „Vorstandsbericht“ gab der Vorsitzende einen kurzen Rückblick auf das verlossene Vereinsjahr, aus welchem sich ergab, daß in diesem Jahre 25 Versammlungen abgehalten worden sind bei einer Mitgliederzahl von 1003 gegen 723 im vorigen Jahre. Sodann wurde zur Festsetzung der Gratifikation geschritten und dem ersten Vorsitzenden 50, dem zweiten Vorsitzenden, dem ersten Kassirer und dem Schriftführer je 30, dem zweiten Kassirer M. 20 bewilligt. Hierauf wurde Freund Homfeldt wieder als erster Vorsitzender, Farnstorf wieder als zweiter Vorsitzender und Schmalfleg wieder als Schriftführer gewählt. Als erster Kassirer wurde Bährer und als zweiter Kassirer Lompi gewählt. Dann wurden zwei Revisoren, fünf Kommissionsmitglieder für den Rechnungsjahr und drei Ersatzmänner hierfür, vier Bibliothekare, ein Festkomitee und vier Hauptkontrolleure gewählt. Im „Verchiedenen“ wurden sodann einem seit längerer Zeit kranken Kollegen 30 M. bewilligt. Auch die Regelung des Gefolges bei Besichtigungen wurde größtentheils wieder so angenommen wie im Vorjahre, nur wurden zwei Mann gewählt, welche die Bestellung der Träger zu besorgen haben. Das Verfahren gegen den früheren Vertreter des „Grundstein“, Heinrichs, wegen Forderung eines Restes von M. 22 wurde zurückgenommen, da man sich im günstigen Verlauf einer Klage das Rücklose derselben einlief. Dann wurde ein Mitglied gewählt, welches Rücksprache mit dem jetzigen Vertreter des Fachorgans wegen pünktlicherer Aufstellung der Besichtigungen anderweitiger Reglungen der Besichtigung unzulässig hat. Nachdem noch zum Beitritt in den hier bestehenden Gesangsverein der Maurer von Hannover-Linden aufgefördert, und auch bekannt gemacht worden war, daß die Versammlungen in Linden wegen zu schwacher Beteiligung vorläufig ausfallen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Stettin. Am 20. Oktober tagte im Vereinslokale eine Mitgliederversammlung der freien Vereinigung der Stettiner Maurer und Fachgenossen unter dem Vorsitz des stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Marx, welcher zunächst den Leitartikel des „Grundstein“ verlas. In der Diskussion wies Herr Döwiz darauf hin, daß der Publikumserfolg viele Arbeitervereinigungen zu Grunde gerichtet habe, indem die Polizeibehörden sowohl bestehende als auch im Entstehen begriffene Vereine ohne Weiteres unterdrückten. Herr Döwiz verlas alsdann ein Schreiben des Arbeitgeberverbandes, durch welches die Mitglieder der freien Vereinigung zu einer außerordentlichen Versammlung eingeladen werden, in welcher über folgende Tagesordnung beraten werden soll: 1. Beschlußfassung über Auflösung des Bundes vom 7. Mai 1890, wonach bis auf Weiteres nur 40 A pro Stunde als Maximallohn gesetzt werden darf. 2. Beschlußfassung über Aufbringung der Mittel zur Deduktion der durch den Streik verursachten Kosten. Nachdem dann noch einige unwesentliche Angelegenheiten erledigt waren, meldeten sich die Herren Böber und Klinge als Hauptkontrolleure. Schluß der Versammlung 10^{1/2} Uhr.

Wilhelmsburg a. S. Am 21. Okt. tagte im Lokale des Herrn Rasmanitz eine öffentliche Maurerverversammlung unter Vorsitz der Herren Lidag und Selter. Zunächst wurde die Abrechnung des Generalfonds vom Vertrauensmann vorgelesen. Nach Erteilung der Decharge beschloß die Versammlung, M. 200 der Geschäftsleitung zu überweisen. Dann erfolgte die Wahl des Vertrauensmannes und der Revisoren. Diefelbe ergab folgendes Resultat: Fink, Vertrauensmann, Fabel, Stellvertreter, U. Staben und Grabbert, Revisoren. Ein Antrag des Herrn Bud. die Sammlungen des Generalfonds auch den Winter hindurch weiter zu führen, wurde angenommen. Ferner wurden die Herren Grabbert, Staben, Lidag, Selter und Söbber in die Doan-Kommission gewählt. Nach Erledigung einiger dringender Angelegenheiten erfolgte der Schluß der Versammlung.

Wittingen. Am 21. Oktober fand im „Möhlischen Keller“ eine Versammlung des Fachvereins der Maurer Wittingens statt. Zunächst wurde beschlossen, am 24. Oktober das diesjährige Herbstfränkchen abzuhalten; als Mitglieder des Vergütungskomitees wurden gewählt die Kollegen: Pringler, Realemann, Schmidt und Eigenbrodt. Das Eintrittsgeld wurde für die Unverheirateten auf M. 1, für die Verheirateten auf 50 A festgesetzt. Dann wurde beschlossen, den Kollegen Eigenbrodt mit Einsetzung der Versammlungsberichte an die Redaktion des „Grundstein“ zu beauftragen. Ferner wurden die Kollegen Pringler und Eigenbrodt gewählt, um die Kassienführung des früheren Kassiers zu revidieren. Auf Antrag des Vorsitzenden wurde sodann beschlossen, auf Kosten des Vereins ein Fremdwörterbuch in nächster Zeit anzuschaffen. Nach Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten erfolgte hierauf der Schluß der Versammlung.

Bielefeld. Am 26. Oktober fand hier die regelmäßige Mitgliederversammlung des Fachvereins der Maurer und Steinbauer für Bielefeld und Umgegend statt. Zum ersten Punkte der Tagesordnung legten der Vorsitzende sowie Kollege Winter den Jwed und Nutzen der Wanderunterstützung klar, worauf die Versammlung beschloß, vom 15. November bis 31. März eine Wanderunterstützung im Betrage von 60 A an durchreisende Kollegen, welche nachweisen können, daß sie mindestens sechs Monate einem Verein angehört, zu zahlen, an Wohnstätten und Baujahr jedoch M. 1. Zum 2. Punkte wurde beschlossen, einen Vereinsbeitrag anzuschaffen. Zum 3. Punkte legten der Vorsitzende sowie Kollege Tüning den Jwed einer Bewilligung klar und wurde beschlossen, dieselbe am 1. November vorzunehmen. Im „Verchiedenen“ wurde beschlossen, am Sonntag, den 2. November, ein Herbstfränkchen abzuhalten, zu welchem Jwede die Kollegen Müller, Teweß, Doppermann, Weg-

mann, Post, Königs und Unger in das Vergütungskomitee gewählt wurden. Ferner wurde beschlossen, die Kartenkontrolle in den Versammlungen der Geschäfts-Kommission zu übertragen. Nachdem dann Kollege Tüning sich noch zu regem Momente auf unser Fachorgan „Der Grundstein“ aufgefördert, wurde die Versammlung geschlossen.

Hamburg. Vor Eintritt in die Tagesordnung der am 23. Oktober stattgehabten Fortsetzung der diesjährigen Hauptversammlung des hiesigen Maurerfachvereins hielt der Vorsitzende mit, daß in Anlaß der Beerdigung des auf dem Kongress der sozialdemokratischen Partei in Halle a. d. S. plötzlich verstorbenen Genossen Baumgarten auf dem in der Weidenallee belegenen No. 107 stehenden Bau mehrere Mitglieder gemahregelt worden seien. Jedes Mitglied müsse wissen, was es unter den obwaltenden Umständen zu thun habe. Ferner seien auf dem in der Jansenstraße belegenen Bau der Herren Götsch & Glötte zwei Mitglieder gemahregelt, weil sie sich weigerten, mit Importirten zusammen zu arbeiten. Noch verlas der Vorsitzende die zehn Namen von Streikbrechern, die sich wieder in den Verein eingeschlichen haben, und forderte die Betreffenden, im Falle sie anwesend sein sollten, auf, das Lokal zu verlassen. — Dann verlas zunächst Herr Fedber die in der Nummer 107 abgerechnete, nachdem der Vorsitzende bekannt gemacht hatte, daß die Spezialabrechnung nach vollendeter Drucklegung jedem Mitgliede gratis ausgehellt werde. (Anm. der Red. Die Abrechnung befindet sich auf der letzten Seite dieser Nr. d. Bl.) Ferner verlas der Kassirer folgende Zusammenstellung des Vereinsvermögens:

Saldo der Vereinskasse laut letzter Abrechnung	M. 72.33
per Bank belegt	1190.35
Saldo der Extrakasse laut letzter Abrechnung	125.28
per Bank belegt	7600.—
Ueberschuß der Streikkasse	6510.48
Summa	M. 15 498.44

Hierauf fand die Vorstandswahl statt. Zum ersten Vorsitzenden wurde Herr S. Meyer mit 393 von 540 abgegebenen Stimmen wieder gewählt. Beim Verlöbten des Wahlresultates verlas der Berichterstatter der Wahlkommission folgenden freigelegten Inhalt eines Stimmzettels, der von dem Enst, mit welchem der Schreiber desselben für die Bewegung eintritt, sprechendes Zeugnis ablegt:

„Ich wähle einen Vater nicht,
Und wähle auch keinen Meyer,
Der Romelung zwar viel verpricht,
’s dieß doch bei einer Peter.
Weil kein die Stimm’ ich geben kann,
Drum wähl’ ich gar nicht,
Obermann.“

Zum zweiten Vorsitzenden wurde dann Herr Romelburg mit 401 von 531 abgegebenen Stimmen gewählt. Per Affirmation wurden dann, da Gegenkandidaten nicht vorhanden waren, zum ersten Kassirer Herr Fedber, zum Stellvertreter desselben Herr A. Richter, beide einstimmig; und zum Schriftführer Herr Seewert gegen eine Stimme gewählt. Die Wahl als Revisor fiel auf die Herren Eichold, Götzting und Schaper. Und schließlich wurden zu Hilfskassieren die Herren Scharnberg, Gijow, Weinburg, Dähse, Obermann, Rudolph und G. Harns gewählt. Die von Herrn Obermann beantragte Wahl eines Reportiers für Arbeiterblätter, welche der Antragsteller mit der Bezeichnung motivirte: „sämmliche Berichte im „Grundstein“ und im „Hamburger Echo“ seien gefälligst“ wurde, von der Versammlung abgelehnt. — Hierauf wurde folgende vom Vorstande beantragte Geschäftsordnung der Versammlungen en bloc angenommen:

§ 1. Der Vorsitzende erkliert das Wort nach Maßgabe der die Reihenfolge der sich Meldenden innehaltenden Rednerliste. Es steht aber dem Vorsitzenden, sowie dem Referenten über einzelne Punkte der Tagesordnung das Recht zu, zwecks Vermehrung etwaiger durch irrtige Auffassung entstehender Debatten jederzeit in die Diskussion einzugreifen.

§ 2. Der Vorsitzende ist verpflichtet, etwaige ungebührliche oder persönliche Redereien hinausführende Aeußerungen oder Verordnungen sofort zu rügen und dieserhalb den Redner zur Ordnung zu rufen. Hat ein Redner in ein und derselben Debatte einen dreimaligen Ordnungsruf erfahren, so hat die Versammlung mit einfacher Majorität zu beschließen, ob der Betreffende weiter sprechen darf oder nicht.

§ 3. Jedes Mitglied hat das Recht, Anträge zu stellen:

- a) zur Sache,
- b) zur Geschäftsordnung; also betreffend: Schluß der Debatte bzw. Rednerliste, Festsetzung der Redezeit, namentliche beziehungsweise geheime Abstimmung mittelst Stimmzettels, Schluß der tagenden bzw. Wiederbeginn der nächsten Versammlung, Festsetzung der Tagesordnung zur nächsten Versammlung, Aufrechterhaltung der Ordnung im Verhandlungslokale und sämmlichen Formfragen.

In allen Geschäftsordnungsanträgen darf nur ein Mitglied dafür und eines dagegen sprechen.

Bei sämmlichen Abstimmungen entscheidet die einfache Stimmenmehrheit.

Zu allen sachlichen Anträgen ist dem Antragsteller auf Verlangen das Schlußwort zu erteilen.

§ 4. Persönliche Bemerkungen und Nichtigstellungen erfolgen nach Schluß der Debatte und vor der Abstimmung aller sachlichen Anträge eines jeden Punktes der Tagesordnung.

§ 5. Das Bureau einer jeden Versammlung wird strengstens verpflichtet, die weitgehenden Anträge zuerst zur Abstimmung zu bringen.

Es folgte die Beratung über einige Unterstützungs-gesuche, die mit der Genehmigung von je M. 100 an die Mitglieder Wohrhardt, Wertzsen und G. Clafen endete. Ferner wurde beschlossen, den Frauen

breiter in Folge des Streiks inhaftirter Mitglieder die Novembermische zu gewähren. Schließlich wurden auf Antrag des Herrn B. a. L. e. r dem Vorstände M. 2000 zur Unterstützung freierlicher bzw. ausgefallener Arbeiter anderer Gewerke zur Verfügung gestellt. Wegen vorgerückter Zeit mußte dann die Erledigung der eingegangenen Besuche und Bescheidigungen zur nächsten Versammlung vertagt werden.

Altona. Am 2. Oktober hielt der Lokalverein der Maurer Altonas im „Englischen Garten“ eine Mitglieder-versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde ein Antrag gestellt, der Vorstand möge sich beschwerdefähig an die Behörde wenden, weil der wachhabende Beamte die Angabe der vollständigen Adresse jedes Redners verlangte. Da nun jedes Mitglied bei der Behörde angemeldet ist, so war die Versammlung der Meinung, daß dieses ein Uebergriff des wachhabenden Beamten sei. Nach Erledigung einiger innerer Angelegenheiten, las Herr Staben mehrere Artikel aus der „Baugewerks-Zeitung“ vor, aus denen hervorging, daß das Meisterorgan sich rechtlich Mühe giebt, fortwährend die Arbeitervereinigungen zu verunglimpfen. Redner wies darauf hin, daß das Blatt fast in jedem Artikel von „Gehern“ und „Aufwieglern“ spreche, während es seiner (Redners) Meinung gar keine größere Gehör und Aufwieglern geben könne, als die kapitalistischen Blätter und deren Hintermänner, und zwar seien diese Heher der schlimmsten Sorte. Es sei daher notwendig, dieselben gehörend an den Branger zu stellen. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Von mehreren Mitgliedern wurde Bescheidigung gefordert über den Zustand der Raububen, da die Unternehmlichkeit uns doch verprochen habe, eine dicke, feigbare Mude zu liefern. In Rücksicht auf die Gesundheit der Arbeiter sollten die Meister dieses von selbst thun, habe man doch gesehen, wie die Meister mit den Importirten so zärtlich umgingen. Die Versammlung nahm schließlich einen Antrag an, nach welchem der Vorstand die Meister an ihre Pflicht erinnern soll.

Sieben. Am 19. Oktober fand hier in der „Münze“ an der diesjährige Generalversammlung statt. Der zunächst verlesene Kassienbericht ergab eine Einnahme von M. 261.77, eine Ausgabe von M. 136.12, somit Bestand M. 125.65. Nach Erteilung der Decharge an den Kassirer wurde zur Vorstandswahl übergegangen; gewählt wurden die Kollegen: Seelig, Vorsitzender; Wunderrlich, Stellvertreter; Senevald, Kassirer; Hoffmann, Stellvertreter; Weinreich, Schriftführer; Weitzel, Stellvertreter; Wölfer und Fehrbrett, Revisoren. Ferner wurden die Kollegen Schulz, Weber, Wolf und Seifert als Vertrauensmänner, und Goldammer als Vereinsbote gewählt und schließlich die Kollegen Spindler und Töps als Kontrolleure für die nächsten vier Wochen. Nachdem der Vorsitzende die Gewählten zu treuer Pflichterfüllung gemahnt, erfolgte Schluß der Versammlung. — Am 21. Oktober tagte dann die regelmäßige Mitgliederversammlung. Nach Erledigung der Kassengeschäfte hielt der Vorsitzende eine Ansprache an die Versammlung, in welcher er die Nothwendigkeit festen Zusammenhaltens betonte. Dann wurde beschloßen, einen neuen Kassentempel anzuschaffen und den bisher gebrauchten zum Entwurfen der Marken für die freiwilligen Sammlungen zu benutzen. Sodann wurden noch mehrere unwichtigere Angelegenheiten erledigt und hierauf die Versammlung geschlossen.

Schwartzau. Die fällige Monatsversammlung des Fachvereins der Maurer von Schwartzau und Umgegend tagte hier am 19. Oktober. Die in derselben vorgelegene Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Stevers, erster, Pries, zweiter, Vorsitzender; Ernst, erster, Busch, zweiter, Kassirer; Dabelstein I, erster, Clafen, zweiter, Schriftführer; Dabelstein II und Clafen, Revisoren. Dann ermahnte der Vorsitzende die Anwesenden, die festgesetzte Arbeitszeit streng einzuhalten, indem der Kollege Hagen sich bereits gegen die Vereinsbeschüsse in dieser Hinsicht vergangen haben solle. Hierauf wurde das Mitglied Hoff wegen rückständiger Beiträge aus dem Vereine gestrichen. Ferner wurde nach längerer Diskussion beschloßen, an wandernde Kollegen während der Monate Dezember, Januar und Februar eine Wanderunterstützung von 40 A zu gewähren, welche Abends nach 6 Uhr beim Kollegen Dabelstein, am Markt wohnhaft, in Empfang zu nehmen ist. Nachdem dann das frühere Mitglied Schumacher wieder als Mitglied aufgenommen war, forderte der Vorsitzende die Anwesenden zu regem Abonnement sowie zur Verbreitung des „Grundstein“ auf. — Dann erfolgte Schluß der Versammlung.

Wormberg. Am 23. Oktober tagte hier in der Prinzengr. 24 eine Mitgliederversammlung des hiesigen Maurerfachvereins. Zum ersten Punkte der Tagesordnung wurde der bisherige Vorstand wieder als solcher gewählt. Dann hielt der Vorsitzende einen Vortrag über die Lage der Maurer am Orte, in welchem er die Anwesenden ermahnte, unentwegt weiter zu agitieren, was die indifferenteren Kollegen immer mehr von ihrer traurigen Lage zu überzeugen und sie zur Organisation heranzuziehen. Hierauf wurde das Fachorgan „Grundstein“ empfohlen, damit auch hier am Orte die geistige Entwicklung einen Schritt vorwärts komme. — Dann wurde die Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf die Organisation geschlossen.

Wandbeck. In der am 21. Oktober abgehaltenen Mitgliederversammlung des Fachvereins der Maurer Wandbecks beauftragte der Vorsitzende die Ereignisse seit dem 1. Oktober, wobei er auch das Parteitag in Halle, sowie des dort erfolgten plötzlichen Todes des hiesigen Delegirten Baugartens erwähnte mit dem Ersuchen an die Anwesenden, sich zu Ehren des Verstorbenen von den Sigen zu erheben. Nachdem die Anwesenden dieser Ehrenpflicht genügt hatten, kritisierte der Vorsitzende das Verhaltensweisen in den Zimmern; die Meister seien durchaus nicht bestrebt, ihre Lehrlinge zu tüchtigen Gesellen heranzubilden, sondern ihr Bestreben konzentrierte sich auf die möglichste Ausbeutung der Lehrlinge. Dieser Ausbeutung müsse durch die Organisation der Gesellen entgegengetreten werden, doch sei hierbei Voraussetzung, daß auch alle Gesellen Mann für Mann zur Vereinnung

Hein. Herr Efftinge führte aus, daß die Meister einen weiteren Druck ausüben würden, wenn wir nicht einmütig zustimmen. Wie der diesjährige Ausschluß gezeit habe, hätten sich unter uns viele sogenannte „Mittelschichten“ befunden; wenn auch dieselbe durch die Zentralisation mehr zu erringen sei, so hätten wir vorläufig doch noch mit der heftigen Organisation zu rechnen.

Hierauf berichtete der Vorsitzende über die Verhandlung wegen des konstatirten Flugblattes, bei welcher sich herausgestellt habe, daß der Maurermeister Otto Brandt die Verbreitung zur Anzeige gebracht habe, während die Meister Siemens, Stöckhause und Tödt die Anzeige wegen Beleidigung erhoben hätten. Die Angeklagten seien auf Grund § 6 des Preßgesetzes und zwar einer zu M. 3, die übrigen zu M. 1 Geldstrafe verurtheilt, von der Anklage auf Beleidigung jedoch freigesprochen worden. — Sodann wurde beschlossen, an den Versammlungsabenden je eine halbe Stunde lang eine Vorlesung aus einem wissenschaftlichen Werke zu halten, worauf der Vorsitzende ein Kapitel aus Corvins „Waffenpiegel“ vorlas. In der nächsten Versammlung wird Herr Efftinge einen Vortrag über die wirtschaftliche Lage in unserem Gewerbe halten, worauf die Mitglieder hiermit besonders aufmerksam gemacht werden.

Althausen. Ueber die hiesige Maurerorganisation ist gerade nicht viel Gutes zu berichten. Die letzte einigermassen gut besuchte Versammlung fand im Mai d. J. statt; seitdem sind, trotzdem die im Statut vorgeschriebenen monatlichen Versammlungen regelmäßig einberufen wurden, in denselben außer dem Vorstände nur einige Mitglieder erschienen. Zu der am 26. Oktober einberufenen Hauptversammlung hatten sich so wenig Teilnehmer eingefunden, daß der Vorstand von der Eröffnung derselben Abstand nehmen mußte. Da muß wohl schließlich dem Bisherigen die Forderung auf ein Besseres werden der Verhältnisse vertragen.

Welsch. Am 16. Oktober fand in der Reichshalle unsere Vereinsversammlung statt, in welcher nach Erledigung der Kassengeschäfte die Abrechnung für das dritte Quartal vorgelegt und genehmigt wurde. Nach Erteilung der Decharge fand die Wahl des Vorstandes statt; dieselbe fiel auf die Herren: Kupitz, erster, Kahle, zweiter Vorsitzender; Fiedler, erster, Häferl, zweiter Kassierer; Ruische, erster, und Dederer, zweiter Schriftführer. Als Neuzugewählte wurden die Herren Karjunde und Hilscher gewählt. Sodann riefte der Vorsitzende die laute Beifälligkeit an der Annahme der zum Zwecke der statistischen Erhebungen angeforderten Blätter und forderte zu regerer Theilnahme an den Erhebungen auf. Nachdem Herr Trautman dann der Moskauer Prozeß in einigen Punkten beleuchtet hatte, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Jahoe. Am 7. Oktober fand im hiesigen Vereinslokale die monatliche Mitgliederversammlung des hiesigen Maurervereins statt. Zunächst erlittete die Kommission betreffs des Arbeitsnachweisbureaus Bericht, worauf Herr M. a. t. das ausgearbeitete Reglement verlas, welches nach etlichen Veränderungen mit Majorität angenommen wurde. Die Versammlung beschloß, das Reglement durch den hiesigen Gesellenausschuß den Meistern zuzuleiten, um ein Handlungsgesetz zu erwidern. Sodann wurde die Abrechnung von dem am 24. August stattgefundenen Ball, welcher in „Baumanns Gesellschaftshaus“ stattfand, verlesen, welche leider ein Defizit aufwies. Hierauf wurde beschlossen, vom 1. November ab jedem wachsenden Maurer, welcher nachweisen kann, daß er drei Monate lang einem Vereine angehört hat, 50 % Wanderunterstützung zu geben und wurde Herr Siebenetzer mit der Auszahlung beauftragt. Dann wurde noch bekannt gegeben, daß jetzt bei der kürzeren Arbeitszeit wiederholt länger gearbeitet werde, als der Lohn tarif festsetzt. Beschädigte Redner rügten diesen Mißstand und warnten vor Verlängerung der Arbeitszeit, um nicht den Bestrebungen der Meister Vorschub zu leisten.

Wismar. Am 25. Oktober fand im Lokale des Herrn Schröder eine sehr schwach besuchte Mitgliederversammlung der hiesigen Maurervereinigung statt, in welcher die Frage der Wanderunterstützung erörtert wurde. Die Versammlung beschloß einstimmig, in Anbetracht der fargen Geldmittel die Wanderunterstützung für zugereifte Kollegen auf 30 % festzusetzen. Die Unterstützung wird während der Zeit vom 15. November bis 15. März gezahlt und ist bei dem ersten Vorsitzenden Kälsdorf, am Schilde 3, sowie beim Kassierer Fletow, frische Grube 20, in Empfang zu nehmen. Sodann beleuchtete Kollege Kälsdorf die Arbeitsverhältnisse am Orte, wobei er einen ebenso scharfen wie gerechten Tadel über die jetzigen Kollegen aussprach, welche die in diesem Jahre mit so schweren Opfern errungene 1 1/2 wöchentliche Mittagspause so ohne Weiteres fahren lassen und sich mit einer halbständigen Pause begnügen, um nur nicht mit dem Meister in Konflikt zu geraten, trotzdem so wenig Arbeitsgelegenheit vorhanden ist. Redner ermahnte die Anwesenden, sich durch die wenigen Pfennige Mehrverdienst nicht zur Verlängerung der Arbeitszeit bewegen zu lassen, da Letzteres der Ruin für die Bewegung sei.

Duisburg. Am 19. Oktober tagte im Vereinslokale die erste diesjährige Generalversammlung des Fachvereins der Maurer, Steinbauer und Stukkateure von Duisburg und Umgegend. Die zunächst verlesene Jahresabrechnung ergab eine Einnahme von M. 144.25, eine Ausgabe von M. 114.07, somit einen Kassensolde von M. 30.28. In den Vorstand wurden gewählt die Herren Drigemann, als erster, Made, als zweiter Vorsitzender; Wendel als erster, Sandfort als zweiter Kassierer; Geder als erster, Knüppel als zweiter Schriftführer und schließlich als Neuzugewählte die Herren Göttes, Wolf und Wipper. An Statutenänderungen wurden beschlossen: 1. im Titel des Vereins die Worte „Steinbauer und Stukkateure“ zu streichen, wodurch der den Eintritt betreffende Paragraph folgende Fassung erhält: „Mitglied kann jeder in Duisburg wohnhafte unbefohlene Maurer werden.“ Der die Pflichten der Mitglieder behandelnde Paragraph erhielt folgende Fassung: „Das Eintrittsgeld beträgt pro Mitglied 30 M. und der monatliche Beitrag 30 M. Zugereifte Maurer,

welche nachweisen können, daß sie vorher einem ähnlichen Verein angehört und sich abgemeldet haben, zahlen kein Eintrittsgeld.“ Ferner wurde noch beschlossen, die obligatorische Einführung des „Grundstein“ wieder aufzugeben.

Vandandwerker.

Bielefeld. Am 12. Oktober hielt der Fachverein der vereinigten Vandandwerker für Bielefeld und Umgegend seine monatliche Mitgliederversammlung ab. Nach Erledigung der Kassengeschäfte wurde zur Vorstandswahl geschritten und gewählt als erster Vorsitzender Kollege Ernst Banjer, als zweiter Vorsitzender Georg Bachmann, als Kassierer Wilhelm Schulte und als Schriftführer Friedrich Bornemann. Der Vorsitzende sprach dann seinen Dank aus für das ihm geschenkte Vertrauen in der Hoffnung, den Verein unter seiner Leitung zu einer festen Organisation zu gestalten und ermahnte die anwesenden Mitglieder, sich recht fleißig des „Grundstein“ zur Agitation zu bedienen, damit Aufklärung in unserer jetzigen Zeitperiode geschaffen werde. Auch riefte der Vorsitzende, daß die Zahl der Abmenden sich seit dem vorigen Quartale um 6 verringert habe. Alsdann wurde die Frage verlesen: „Wie feiern wir unser Stiftungsfest?“ Herr Bornemann beantragte, das Stiftungsfest nicht durch ein Tanzkonzert, sondern durch einen solennen Kommerz zu feiern, wozu die Vereinstafel vorläufig M. 25 bewilligen möchte. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Hierauf verlas der Kassierer die Jahresabrechnung, welche einen Kassensolde von M. 74.75 ergab, was von den Neuzugewählten für richtig befunden wurde. Schluß der Versammlung 6 Uhr.

Beitrag des Reichsversicherungsamtes.

Nr. 877. Ein Arbeiter, welcher bei einem Betriebsunfall einen Schenkelbruch erlitten hatte, behauptete, dabei auch ein mit Kaubrett verbundenen Ohrenleiden erlitten zu haben.

Nachdem die Beweisnahme ergeben hatte, daß das letztere Leiden in gleichem Umfange bereits vor jenem Unfälle vorhanden gewesen war, hat das Reichsversicherungsamt unter Nr. 21. Oktober 1889 dahin entschieden, daß eine Rente nur für die durch den Schenkelbruch herbeigeführte Erwerbsunfähigkeit zu gewährt sei. Jedoch wurde bei Bemessung des Grades dieser Erwerbsunfähigkeit das Ohrenleiden immerhin im Hinblick auf den Umstand in Berücksichtigung gezogen, daß der damit behaftete Arbeiter die Folgen jener anderen Verletzung schwerer erdulden werde, als ein sonst gesunder Arbeiter, da das ihm offenbarendste Feld der Erwerbsfähigkeit bei dem Zusammenwirken beider Schäden ein noch beschränkteres sei (vergleiche die Entscheidung 673, Amtliche Nachrichten des R.-V.-M. 1889 Seite 162).

Nr. 878. In einer Unfallversicherungssache hatte neben der Witwe des verunglückten Arbeiters die Krankenkasse, der dieser angehört, und welche der Witwe das statutarische Sterbegeld gewährt hatte, Rekurs eingelegt mit dem Antrage, die Berufsgenossenschaft zur Erstattung des Sterbegeldes zu verurtheilen. Das Schiedsgericht hatte die von der Krankenkasse rechtzeitig eingelegte Berufung gegen den ablehnenden Bescheid der Berufsgenossenschaft mit der Begründung zurückgewiesen, daß die Verfolgung der in Gemäßheit des § 8 des Unfallversicherungsgesetzes auf Armenverbände, Krankentassen u. dergleichen Entschädigungsansprüche nicht in dem durch dieses Gesetz geordneten Verfahren erfolgen könne.

Das Reichsversicherungsamt hat dem mit dem Hauptrekluse verbundenen und daher gemäß Entscheidung 636 (Amtliche Nachrichten des R.-V.-M. 1888 Seite 348), zulässigen Rekurs der Dr. Krankenkasse in dem Urtheil vom 12. Mai 1890 aus folgenden Gründen stattgegeben: Die Auffassung des Schiedsgerichts gehe zu weit. Allerdings würden die ordentlichen Gerichte zur Entscheidung solcher Streitigkeiten berufen sein, welche zwischen den Berufsgenossenschaften und den Krankentassen u. oder zwischen diesen und den an erster Stelle Bezugberechtigten (Verletzten u.) darüber entstehen, ob und eventuell in welcher Höhe die an sich dem Grunde und der Höhe nach feststehenden Beiträge der Letzteren auf die Krankentassen u. dergleichen übertragen seien (zu vergleichen Bescheid 146, 182, 233, Amtliche Nachrichten vom 11. September 1886 Risse 3, Amtliche Nachrichten des R.-V.-M. 1886 Seite 57, 132, 275 und 159). Bestehe aber, wie im vorliegenden Falle, zwischen den Beteiligten allein Streit über die für diesen Rechtsübergang grundlegende Frage, ob und eventuell in welcher Höhe dem Hauptberechtigten ein Anspruch gegen die Berufsgenossenschaft zustehe, während sie fämtlich über den gegebenenfalls nach § 8 des Unfallversicherungsgesetzes begründeten Rechtsübergang selbst einig seien, so hätten über diese Streitfrage und ebenfalls die Gerichte des Unfallversicherungsgesetzes in dem durch §§ 62, 63, 88 Absatz 1 Satz 2 des Unfallversicherungsgesetzes vorgeschriebenen Verfahren zu entscheiden (zu vergleichen § 76 Absatz 3 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes und der letzte Absatz der Begründung zu dem dem § 76 dieses Gesetzes entsprechenden § 64 des Entwurfes zu demselben, sowie der Kommissionsbericht dazu — Stenogr. Berichte über die Verhandlungen des Reichstages 7. Leg.-Per. IV. Session 1888/89 Band IV Seite 86, Band V Seite 926; — vergleiche auch die Urtheile des Reichsgerichts vom 14. Mai 1887 und vom 5. Juli 1888, Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen Band 19 Seite 67 ff. und Band 21 Seite 75 ff.). In einem solchen Falle könne daher auch den Krankentassen z. das Recht nicht verweigert werden, die für ihren Erstattungsanspruch grundlegende Feststellung neben dem Hauptberechtigten oder selbstständig für denselben beziehungsweise statt desselben in dem durch die Unfallversicherungsgesetze vorgeschriebenen Verfahren zu betreiben (vergleiche Entscheidungen 499 und 636, Amtliche Nachrichten des R.-V.-M. 1888 Seite 196 und 243), und es liesse nichts entgegen, dann in diesem Verfahren auch den zu erstattenden Betrag der Höhe nach festzusetzen und die Berufsgenossenschaft zur Zahlung desselben an die Kasse zu verurtheilen.

An die Arbeiterschaft Deutschlands!

Genossen! Genossinnen! Nach dem Vorbilde der Fabrikantenorganisationen in Hamburg, Leipzig und anderwärts suchen nun auch die Fabrikanten der Tabak- und Zigarrenbranche die Organisation der Tabakarbeiter — den Unterstützungsverein deutscher Tabakarbeiter — zu pressen.

Der erste Versuch zu diesem Zweck wird jetzt in Schwwege in Hessen gemacht. Die dortigen Zigarrenarbeiter und Arbeiterinnen stellen nämlich in Anbetracht ihrer ungünstigen Lage — und sogar von den Fabrikanten selbst dazu aufgefordert, welche eine Entgegenkommen verjagten — die Forderung einer Lohnerhöhung von 5-7 pht. — eine gewiß höchst beschwerliche Forderung. Diese Forderung wurde aber nicht nur zurückgewiesen, sondern den Arbeitern seitens der Fabrikanten die Gegenforderung gestellt, die Mitgliedschaft des Unterstützungsvereins deutscher Tabakarbeiter aufzugeben. Denjenigen, welche den Austritt aus dem Verein unterließen, wurde mit Arbeitsausperrung gedroht. Die organisirten Arbeiter Schwwegs wiesen diese unzulässige Forderung zurück, worauf die Fabrikanten brutaler Weise ihre Drohung verwirklichten und ca. 250 Arbeiter und Arbeiterinnen auf die Straße setzten.

Genossen! Genossinnen! Gelingt den Fabrikanten Schwwegs der Streik gegen die Organisation der Tabakarbeiter, so werden die Fabrikanten anderer Orte sofort diesem Beispiel folgen und die Organisation in ganz Deutschland zu zerrüttern suchen.

Darum wenden wir, die Unterzeichneten, uns im Namen der auf dem Parteitag der Sozialdemokratie in Halle anwesenden Delegirten der Tabak- und Zigarrenbranche an Euch und fordern Euch auf, uns im Kampfe unserer Organisation zu unterstützen.

Den Konsumvereinen, welche in Geschäftsverbindung mit den gegen uns streitenden Fabrikanten stehen, geben wir hierdurch ebenfalls von der Sachlage Kenntniß.

Wir hoffen, nicht vergeblich an das Solidaritätsgefühl aller Arbeiter zu appelliren. Wie Ihr, Arbeiter Deutschlands, den frivolen Kampf gegen die Hamburger Arbeiter abgeschlagen habt, so werdet Ihr uns Eure Hilfe in diesem Kampfe gegen unsere Organisation nicht verweigern. Agitirt zu unseren Gunsten, sammelt Beiträge, die je eher und reichlicher sie fließen, den Kampf verkürzen und erleichtern.

Die Fabrikanten suchten sich Schwwege als erstes Ziel des Kampfes aus, weil sie hoffen, in Folge der dort herrschenden ungünstigen Lage, die Arbeiter zu besiegen. Um die Unterstützung für die Ausgesperrten gerecht und ordnungsmäßig regeln zu können, bitten wir, sämtliche Beiträge an den Hauptkassierer des Unterstützungsvereins deutscher Tabakarbeiter, den Kollegen Nieber-Wellaub, Bremen, Belfingstraße 17, mit Angabe des Zweckes zu übermitteln.

- Bertram-Hannover.
- Frau Mohr-Hamburg.
- F. Bruhns-Bremen.
- H. Geier-Berlin.
- Heinrich-Altona.
- H. Hermann-Dresden.
- H. Hoffmann-Chemnitz.
- Keller-Berlin.
- Kerl-Bremen.
- S. Mollenhahn-Altona.
- Reuber-Brandenburg.
- Stolz-Magdeburg.

Die gesammte Arbeiterpresse wird um Abdruck ersucht.

Aufruf an sämtliche Kollegen und Arbeiter des In- und Auslandes!

Werthe Kollegen und Arbeiter! Die Ausperrung der Glasarbeiter zu Bergedorf, Hensburg und Ottenau dauert jetzt nahezu 15 Wochen und ist bis jetzt an eine baldige Beendigung derselben nicht zu denken.

Anfanglich ging das Gerücht zwar, nach dem 1. Oktober würde eine Wendung zum Besseren eintreten; jetzt, nachdem der 1. Oktober genossen, sehen wir jedoch, daß jenes Gerücht falsch war, und sind wir in Folge dessen gezwungen, den Kampf weiter fortzusetzen.

Einen keinen Miß scheint allerdings der Unternehmerverband schon erhalten zu haben, und zwar deuten folgende Thatfachen darauf hin: Die Fabrikanten hatten sich bekanntlich verpflichtet, so lange der Ausstand andauere, sich gegenseitig keine Arbeiter wegzunehmen; von dieser Verpflichtung ist nun in neuerer Zeit abgesehen worden, denn die vereinigten Glasfabriken in Ottenau haben vor einigtgen Tagen Leute aus Schlesien herangeholt, welche die Plätze der Ausgesperrten einnehmen sollten; allerdings sind diese Leute (welche, nebenbei bemerkt, große Vorurtheile erhalten haben sollen) wieder abgewiesen. Es dürfte aber aus dem eben Angeführten zur Genüge hervorgehen, daß bei dem Unternehmerverband nicht mehr Alles so ist, wie es sein soll, und da wir bis zur Stunde wenig unter Bezug zu leiden hatten, so haben wir begründete Aussicht auf einen endlichen Sieg.

Wohl muß hier bemerkt werden, daß je länger der Ausstand andauert, um so empfindlicher sich die Noth bei dem Ausgesperrten zeigt, und bei allem gehen wir dem Winter entgegen.

Wir wenden uns daher abermals an die so oft erprobte Opferwilligkeit der Arbeiter und bitten, uns in diesem uns aufzubringenden Kampfe nach Kräften zu unterstützen, damit unser gesetzlich geschütztes Realisationsrecht nicht illusorisch gemacht werde durch die Profitgier des Unternehmertums.

Werthe Arbeiter und Kollegen! Laßt unsere Bitte nicht vergeblich sein, beudet, daß wenn wir unterliegen, dem Unternehmertum den Kampf schwellen dürfte zu neuen verachtigen Selbsthatten.

Ein Sprichwort sagt: Wenn man dem Teufel den kleinen Finger giebt, so nimmt er die ganze Hand, und dieses Sprichwort läßt sich in diesem Falle gut anwenden.

Wir sind daher fest entschlossen, bis zum Neuesten auszuhalten, und nur die äußerste Noth wird uns bereit finden, uns dem Anfinnen des Unternehmertums zu fügen.

Es befinden sich noch circa 320 Mann im Ausstand, von denen die große Mehrzahl Verzeihung ist. — Der Zugang ist streng ferngehalten!

Bergedorf, 15. Oktober 1890.

Mit kollegialischem Gruß

Die ausgesperrten Glasarbeiter.

Sendungen sind zu richten an: Glasarbeiter Hermann Hallwachs, der Adresse Herrn Alwin Schmidt, in Sande, Markt 4, bei Bergedorf; ebenso nehmen Sendungen entgegen die Redaktionen von „Der Fachgenosse“ in Löttau bei Dresden, und „Der Glaser“ in Wiesbaden.

Abrechnung

des Streikes der Maurer in Hamburg.

Table with financial entries: Verkauf an 3958 Marken & M. 6., 1133, 903, 1931, 1673, 1491, 554, 31169, etc.

Ausgabe.

Table with financial entries: Für Unterstützung an Streikende, Reiseunterstützung an Mitglieder, Unterst. an die Familien, etc.

Bilanz.

Table with financial entries: Einnahme, Ausgabe, Ueberschuß M. 6510.48.

Abrechnung

vom Generalfonds der Chemiker Maurer vom 1. April bis 15. Oktober 1890.

Table with financial entries: An Kassenbestand 1889, Eintrittsgelbern in öffentl. Versammlungen, etc.

Bilanz.

Table with financial entries: Einnahme, Ausgabe, Kassenbestand M. 103.88.

Briefkasten.

Neufriedrichsdorf, G. In Ordnung. Besten Dank. Braunschweig, S. Ihr Brief traf erst am Mittwoch, den 22., hier ein, als ein Theil der Auflage schon gedruckt war.

Göttingen, G. Ihr Brief kostete uns 20 S. Straßburg.

Leipzig, G. Ein Bericht über die betreffende Versammlung war schon durch den Kollegen J. eingelangt worden.

Göttingen, G. und Duisburg, S. Achten Sie doch endlich auf die unersetzlich so oft veröffentlichte Mahnung, die Berichte mit voller Adresse zu unterzeichnen.

Reichenbach, M. Schicken Sie die überzähligen Exemplare der Nr. 41 zurück, die übrigen können zur Agitation verwendet werden.

Hamburg, S. und A. Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß die in unserer Blatte (Nr. 39 und 40) gebrachten Berichte über die betreffenden Versammlungen strengstens der Wahrheit entsprechen.

Anzeigen.

Zu allgemeiner Beachtung.

Vom 1. November ab befindet sich meine Wohnung:

Hamburg, St. Georg, Neue Brennerstraße 19, 3te Etage. F. Wilbrandt, Kassirer der Geschäftsleitung der Maurer Deutschlands.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinhauer, Gipsler (Weißbinder) und Sanktateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

(Einget. Hilfskasse Nr. 7, Eig: Altona) In der Zeit vom 19. bis 25. Oktober sind folgende Beträge bei der Hauptkasse eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung Chemnitz M. 100, etc.

Altona, den 26. Oktober 1890. E. Kretz, Hauptkassirer, Friedrichsbadstraße Nr. 28, Haus 7.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinhauer, Gipsler (Weißbinder) und Sanktateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Zahlstelle Celle. Mitgliederversammlung am Sonntag, den 2. November ex., Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Krebs, Neuestraße.

Die Zahlstelle Dortmund der Zentralkasse „Grundstein zur Einigkeit“

feiert am Sonntag, den 2. November das diesjährige Kränzchen im Lokale des Herrn Koderbeck, Weberstraße 26.

Achtung!

Der Maurer S. Waußsch, welcher am Montag, den 20. Oktober, von hier abgereist ist, wird hiermit angefordert, unverzüglich seiner ihm bekannten Verpflichtungen nachzukommen.

Aufforderung.

Die Maurer S. Adam Brandel und Otto Müller, letzterer aus Döhrup bei Neustadt, werden angefordert, ihren Verpflichtungen gegen den Fachverein der Maurer Deutschlands nachzukommen.

Sollte einer oder der andere Leser dieses Blattes den Aufenthaltsort der Genannten kennen, so wird um gefällige Mitteilung an die unterzeichnete Adresse ersucht. Saalfeld, im Oktober 1890. F. A. Müller, Schriftführer.

Maurer-Kranken- und Begräbniskasse (G. S.)

zu Leipzig in Liquidation.

Die Schlußversammlung findet Sonntag, den 9. November a. c., Vormittags 10 1/2 Uhr, im „Panthleon“, Dresdenerstraße, statt.

Tagesordnung: 1. Vortrag der Schlußrechnung und Abrechnung. 2. Berichterstattung des Vorstandes. 3. Rechnungsabrechnung. 4. Rechnungsabrechnung. 5. Rechnungsabrechnung.

NB. Die Auszahlung der Anteile auf die Mitgliedsbücher, und zwar bis Nr. 1200, findet gegen Vorzeigung derselben Sonntag, den 16. November, Vormittags 9 Uhr bis Nachmittags 4 Uhr, die folgenden Nummern Sonntag, den 23. November, im Restaurant „Coburger Hof“, Windmühlentrafé Nr. 11, statt.

Bis 31. Dezbr. d. J. nicht erhobene Anteile gelangen an unterstützungsbedürftige Kollegen d. e. g. gen. Kasse zur Auszahlung. [M. 4.05.] D. D.

Zur Beachtung.

Der Lokalverein der Maurer Altonas zahlt vom 1. November 1890 Wanderunterstützung an zugereichte Maurer. Diefelbe wird täglich, Abends zwischen 6 und 7 Uhr, an Sonn- und Festtagen zwischen 5 und 6 Uhr ausbezahlt von C. Süßener, Große Gärtnerstr. 141, Haus 2, 1. Etage. [M. 1.35.] Der Vorstand.

Mitgliederversammlung

des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Leipzigs und Umgegend. Dienstag, den 4. November 1890, Abends 8 Uhr. Die Tagesordnung wird im „Wähler“ bekannt gegeben. [M. 1.20.] Der Vorstand.

Für München.

Abonnements auf den „Grundstein“ werden entgegengenommen und prompt expediert von M. de Origuis, Kolporteur für „Münchener Post“ und sämtliche Arbeiterliteratur.

München, Neufreienau 3, 2. Et.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. W. Dieck Verlag) ist soeben das vierte Heft des neunten Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Bourgeoisie ihrer Revolution gedenkt. Von G. Blücher u. v. Deutscher. Von G. Blücher u. v. Deutscher. Von G. Blücher u. v. Deutscher.

Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter im Lichte der Tatsachen. Eine Petition nebst Denkschrift, betr. das Koalitionsrecht und seine genügende Sicherstellung, gerichtet an den deutschen Reichstag und den Reichsrath der deutschen Bundesstaaten sowie dem Bundesrathe zur Kenntnissnahme übermitteln. Im Auftrage des Kongresses der Maurer Deutschlands herausgegeben von der Agitationskommission d. e. g. g. — Verlag von A. Bitter, Hamburg, 1889.

Preis 25 Pfennige. Die Brochüre enthält gar viel des Lehrreichen; sie behandelt die Koalitionsfrage so gründlich nach allen Seiten hin, wie es gründlicher kaum möglich sein dürfte auf einem verhältnismäßig knappen Raum.

Bestellungen sind zu richten an die Expedition des „Grundstein“, F. Stanning, Fürstenplatz 2, erste Etage, Hamburg.

Abonnements-Drittung.

Für das zweite Quartal 1890: Mainz, S. (zweite Rate) M. 3; Duisburg, M. (erste Rate) 30.

Für das dritte Quartal 1890: Schönebeck, S., M. 11.70; Bamberg, B., — 50; Merseburg, S., 26.40; Cottbus, R., (erste Rate) 9.90; Gesehmünde, B., 58.80; Rudau, M., 48.80; Hamburg, M., (Rest) 318.50; Ebfors, B., 4.80; Wernsmünde, D., 7.65; Efen a. R., R., 36; Braunschweig, B., (Rest) 31.25.

Für das vierte Quartal 1890: Schleswig, S., M. 1.40; Schleswig, S., 1.40; Neufriedrichsdorf, G., 9; Nordern, S., 6; Bromberg, B., 10.80; Bamberg, B., 9.90; Naun, R., 5; Wilsdorf, R., 3.80; Wilsdorf, R., 1.40; Freiental, S., 1.40; Schönberg, S., 3; Neuhof, S., 1.40; Berlin, M., 1.40; Gnoien, B., 7; Schleswig, S., 1.40; Baden-Baden, S., 2.40; Wau, M., 1.40; Berlin, S., 1.40; Neufalen, S., 7.34; Döhrup, S., 3.80; Cuxhaven, S., 3.80; Ebfors, B., 4.80.

Für das I. Quartal 1891: Baden-Baden, S., M. 1.20. F. Stanning.

Druck von J. G. W. Dieck, Hamburg.